

türkei

Nr.41
Sep./Okt.1991
DM3,-

information

Türkei vor den Wahlen



Unterstützung der Familienangehörigen für die streikenden Arbeiter in Pasabahce

**Angriff auf Kurden im Nord-Irak /
Rassismus / Interviews / Nachrichten**

Inhaltsverzeichnis

Die Türkei vor den Wahlen

Seite 3

*

Angriff auf Kurden in Nord-Irak

Seite 7

*

"Dies ist eine NATO-Besetzung" Interview mit Haluk Gerger

Seite 9

*

"Der bewaffnete Kampf ist der eizige Weg zur Befreiung"

Interview mit Hayri Yildirim, HEP-Vorsitzende/Diyarbakir

Seite 13

*

Interview mit Hatip Dicle, Vorsitzende des Menschenrechtsverein/Diyarbakir

Seite 17

*

Freiheit für die kurdischen politischen Gefangenen

Seite 17

Europa schließt die Pforten

Seite 21

*

Auferstanden aus Ruinen

Vom Rassismus in der ehem. DDR zum Rassismus in den Köpfen

Seite 24

*

Nachrichten aus Cumhuriyet

Seiten 26-30

IMPRESSUM:

Hrsg.:

Türkei Informationsbüro

c/o. S. Hasselbring

Postfach 910843

D- 3000 Hannover 91

+

Anschrift:

Türkei Informatinsbüro

Postfach 91 08 43

D- 3000 Hannover 91

Telefon: 0511 / 33 21 44

Telefax: 0511 / 31 86 52

+

Erscheinungsweise:

2 monatlich

+

Namentlich gekennzeichnete
Artikel geben nicht unbedingt
die Meinung der
Redaktion wieder!

ICH MÖCHTE DIE TÜRKEI INFORMATION ABONNIEREN!

Name:.....

Anschrift:.....

KOPIEREN UND ABSCHICKEN AN:

Türkei Informationbüro

Postfach 91 08 43

D- 3000 Hannover 91

+

ABO-GELD ÜBERWEISEN:

Postgiroamt Hannover

Ktn.: 569725 - 304 BLZ: 250 100 30

Türkei Information, erscheint 6 Mal im Jahr,
Jahresabopreis DM 25.-, Förderabo: Ab DM 30,-

Türkei / Kurdistan vorden Wahlen



Während des Streiks campen Familien vor der besetzten Glasfabrik in Pasabahçe

Das politische Klima in der Türkei hat sich in den Monaten Juni und Juli dramatisch verschärft. Ausdruck dafür ist der Terrorismus des Staates. Die Herrschenden leiteten eine neue Angriffskampagne gegen die KurdInnen und die RevolutionärInnen ein, nachdem sie sich mit dem Regierungswechsel stabilisieren und erneuern wollten.

Im Juni wurde die Parteileitung der ANAP ausgewechselt. Es wurde eine neue Regierung gebildet. (Hintergrundinformationen zu diesen Veränderungen sind in den letzten beiden Nummern der TÜRKEL-INFORMATIONZULESEN).

Ende Juni begannen Spezialeinheiten und die Contr-Guerilla damit, in Kurdistan bekannte Mitglieder verschiedener Parteien, leitende Persönlichkeiten demokratischer Organisationen, wie von Menschenrechtsvereinen, zu terrorisieren. Auch auf die Büros von kritischen Zeitschriften wurden Bombenanschläge verübt. All das erinnert an den schmutzigen Krieg der Todesschwadronen in Lateinamerika.

Am 4. Juli wurde Vedat Aydın, der Bezirksvorsitzende der HEP (Partei der Arbeit des Volkes) aus Diyarbakir, entführt. Am 8. Juli wurde seine Leiche gefunden. Bei seiner Beerdigung, an der bis zu hunderttausend Menschen teilnahmen, schossen die Sicherheitskräfte auf die Protestdemonstration, zu der das Begräbnis sich entwickelt hatte. Das Ergebnis: Tote (offizielle Angaben sprechen von 6 Toten), eine Vielzahl von Verletzten, große Panik und eine Anzahl bis heute "Verschwundener".

Während die Öffentlichkeit noch ihr Augenmerk auf das Geschehen in Kurdistan gerichtet hatte, wurden in der Nacht des 17. Juli 10 Angehörige von Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) in Istanbul in ihren Wohnungen von der Polizei umgebracht. Am folgenden Tag 2 weitere Dev Sol'ler in Ankara.

Am 19. Juli besuchte US-Präsident Bush mit seinen 600 Begleitern die Türkei. Vom 19. bis 21. Juli wurden in Istanbul großangelegte Polizeioperationen durchgeführt. FlugblattverteilerInnen wurden geschlagen und festgenommen, Straßen, die Bush passieren sollte, wurden stundenlang für den Verkehr gesperrt. Etwa 200 Personen wurden bei diesen Operationen festgenommen.

Am 4. August marschierte die tür-

kische Armee in den Nord-Irak ein. Zur selben Zeit fand in Istanbul die Konferenz der Außenminister der islamischen Staaten statt, an der auch der Irak teilnahm.

Am 8. August erklärte Ministerpräsident Yılmaz, daß daran gedacht werde, die Parlamentswahlen vorzuziehen. Inzwischen wurde verlautet, daß sie im Oktober stattfinden sollen.

So entstand in der Türkei eine Situation, die von dem Staatsterrorismus und der Diskussion um die anstehenden Wahlen geprägt ist. Die Staatsmacht bereitet sich auf diese Wahlen, aus denen eine neue Regierung hervorgehen kann, mit Unterdrückung und Terror vor. Staatsmacht und Regierung haben in der Türkei eine unterschiedliche Bedeutung. Ohne die Hauptlogik und Funktionsweise des Regimes in der Türkei zu kennen, ist es unmöglich, die letzten Ereignisse zu verstehen.

In der nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 errichteten politischen Struktur in der Türkei, gehört die Regierung nicht zu den eigentlichen Machtorganen des Staates. Die Macht wurde in der Türkei in Institutionen und Organen konzentriert, die nicht von Wahlen beeinflußt werden können. Parlament und Regierung haben keine ausschlaggebende Funktion bei der Macht – anders als in bürgerlich-demokratischen Staatsordnungen. Die Regierung ist Angestellte der eigentlichen Machtorgane – dem Amt des Staatspräsidenten und der Armee.

Zwei Beispiele dafür, die das belegen sollen:

Die Entscheidung darüber, daß in Silopi und Incirlik in türkisch-Kurdistan die "Schnelle Eingreiftruppe" (zum Schutz der KurdInnen in Irak!) stationiert worden ist traf den Staatspräsidenten und den Chef des Generalstabes.

Auch die Entscheidung über die Besetzung eines Teiles von irakisch-Kurdistan (vorübergehend oder ständig) durch das türkische Militär wurde von diesen beiden getroffen.

Parlament und Regierung verfügten bei beiden Entwicklungen über kaum mehr, als die selben Informationen wie die Presse. Im Parlament wurde über dieses Thema nicht einmal debattiert. Forderungen der Oppositionsparteien, daß das Parlament über diese Entwicklungen in Kenntnis zu setzen sei, wurden von der Regierung zurückgewiesen.

Warum dann jetzt vorgezogene Neuwahlen, bei denen nur Parlament und Regierung ausgewechselt werden könnten, obwohl in der Türkei die wirkliche Macht im Staate und die Regierung zwei verschiedene Dinge sind?

Warum eigentlich soll das Parla-

ÜBERGRIFFEDER KONTRA-GUERILLA

Einge der Vorfälle in Nordwest-Kurdistan, die ein Werk der Kontra-Guerilla sind.

(nach Cumhuriyet vom 9.7.1991)

- * Bombenanschlag auf die Büros des Menschenrechtsvereins und der Zeitschrift "Özgür Halk" in Diyarbakir.
- * Bombenanschlag auf das Auto des ehemaligen Vorsitzenden der HEP in Diyarbakir, Mustafa Özer.
- * Morddrohungen gegen die Angestellten bei der Zeitschrift "2000'e dogru".
- * Brandstiftung bei einem Zeitungskiosk, der auch linke Zeitschriften verkauft.
- * In Hilal bei Uludere wurden der Bürgermeister und 4 seiner Freunde aus einem Taxi geholt und erschossen – ihre Leichen wurden verbrannt.
- * In einem Dorf bei Sirnak wurden der Bauer Mehmet Kilic und Besucher von ihm aus dem Haus geholt und getötet. Später wurde im Fernsehen die Erklärung abgegeben, "Terroristen" seien getötet worden.
- * Bombenanschlag auf das Auto des Vorstandmitgliedes des Menschenrechtsvereins Batman, Siddik Tan, bei dem dieser und zwei weitere Personenschwer verletzt worden sind.
- * In Kiziltepe/Mardin wurden Einzelhändler nach einer Protestaktion, bei der sie die Läden geschlossen hielten, dazu gezwungen ihre Läden eine ganze Nacht hindurch offen zu halten.
- * Festnahme des HEP-Bezirksvorsitzenden von Lice, ohne die Abgabe irgendeiner Erklärung.
- * Die Schüsse auf ein Taxi auf der Straße von Gürbulak nach Dogubeyazit, unter denen Ismail Efes starb.

ment vor 1992 neu gewählt werden, obwohl diese Institution und die Regierung der Politik der Armee und des Staatspräsidenten nicht widerspricht?

Die politische Struktur in der Türkei, die durch den Putsch vom 12. September 1980 geprägt ist, bedarf eines Parlamentes. Auch wenn seine einzige Funktion nur die Verschleierung des Faschismus ist und dem Staat den Anschein einer Demokratie geben soll! Genauso bedarf diese Struktur einer Regierung. Auch wenn sie nur den Anschein erwecken soll, daß sie die Staatsgeschäfte führen würde! Selbst wenn von der Mehrheit des Parlamentes diese Eigenschaften der politischen Struktur akzeptiert werden, ist die parlamentarische Politik in der Türkei dennoch in einer Sackgasse. Das Parlament erfüllt nicht seine Funktion, weil für jede/n offensichtlich ist, daß es nichts verändern kann, was im Widerspruch zu den Interessen der wirklich Mächtigen steht. Die Parteien und PolitikerInnen, ob Regierung oder Opposition, haben ihre Funktion verloren. Wenn dieses Vakuum auf der politischen Bühne nicht gefüllt werden kann, wird die gesellschaftliche Opposition nach neuen Möglichkeiten suchen. Die Armee und Özal wissen ganz genau welche Folgen es haben wird, wenn die Massen ihren Glauben an das Parlament verloren haben. Deshalb drängten sie auf vorgezogene Wahlen um im Kampf um die Macht die

Initiative zu behalten. Damit versuchen sie zu verhindern, oder wenigstens hinauszuzögern, mit aller Gewalt – letztlich mit einem erneuten Putsch – die Machtverhältnisse in der Türkei so aufrechtzuerhalten wie sie sind. Damit würden sie ihr wahres Gesicht zeigen – und es sieht auf der internationalen Ebene gar nicht gut aus, das Volk mit Panzern zu regieren.

Die Mächtigen im Staate wollen die Situation, die sie in türkisch-Kurdistan haben, nicht für die gesamte Türkei heraufbeschwören.

DROHT EIN NEUER PUTSCH?

Selbst wenn es den Anschein erweckt, das aufgrund der Morde des türkischen Ablegers von GLADIO, der Kontra-Guerilla, aufgrund der "Hinrichtungen vor Ort" wie in Istanbul, der Schüsse auf eine Massendemonstration wie in Diyarbakir, der Bombenanschläge auf Vereine und Zeitungen, aufgrund des ganzen Staatsterrorismus, ein neuer Putsch vorbereitet wird, sieht man bei näherer Betrachtung das dem nicht so ist. Die gesamte Hierarchie des Staates, einschließlich des Militärs, des Staatspräsidenten und auch der Regierung, verfolgt zur Zeit eine Politik der Restaurierung der Ordnung des "12. Septembers". Was die Militärs erreichen konnten, soll auch auf anderen Wegen funktionieren. Was sie tun, ist die Herstellung einer Kontinuität der Herrschaftsmethoden aus der Zeit des

Putsches. Und diese Kontinuität versuchen sie für die Augen der Bevölkerung zu legitimieren. Für einen erneuten Putsch gibt es zur Zeit nur eine geringe Wahrscheinlichkeit. Warum sollte es einen Putsch geben, wo die Staatsorgane alles tun, was auch nach einem Putsch getan werden könnte?

Zum Beispiel: Polizisten aus der Spezialabteilung und Folterzentrale DAL in Ankara, die nach dem Putsch von 1980 zur Zerschlagung von revolutionären Bewegungen wie Devrimci Yol gegründet wurde, wurden nach der Bildung der neuen Regierung unter Mesut Yilmaz an wichtige Stellen in der Polizeiorganisation berufen. Einer der Chefs dieser Folterzentrale, Ünal Erkan, wurde sogar zum Polizeipräsidenten ernannt.

Ehemalige MHP'ler (nach 1980 verbotene faschistische Partei unter Alparslan Türkeş), wurden in wichtigen Ämtern eingesetzt. Der institutionalisierte Faschismus in der Türkei schließt sich so wieder mit seinen zivilfaschistischen Helfern zusammen.

Die Bürokratie, Armee und Polizei verhalten sich nicht wie klassische Staatsangestellte, sondern wie Kader, die an die Aufrechterhaltung faschistisch-autoritärer Grundlagen des Staates glauben.

Nach dem Beginn des bewaffneten nationalen Befreiungskampfes durch die PKK im Jahr 1984 warf sich der Staat in türkisch-Kurdistan in den Krieg. So ließ er den KurdInnen zu seiner Unterdrückung keine Alternative als die Radikalisierung zugunsten der PKK. Und entgegen seinen Erwartungen radikalisierten sich die KurdInnen. In ihren Augen ist der Staat am Ende.

Eine ähnliche Alternative, brutale Unterdrückung oder Radikalisierung, würde in der Türkei die selben Folgen haben. Um zu verhindern, daß sich breite Teile der türkischen Gesellschaft gegen den Staat stellen, wurde nun zu vorgezogenen Wahlen gedrängt. Sie stellen eine (Schein-) Hoffnung dar. Abgesehen von den Versprechungen und Programmen der beteiligten Parteien nicht nur eine Hoffnung – sondern auch eine Atempause für die Gesellschaft.

Aber eigentlich ist es die Staatsmacht, die das Bedürfnis nach einer Atempause hat. Der Wechsel in der ANAP und in der Regierung reichte nicht aus, um dieses Bedürfnis zu befriedigen.

Ein anderer zwingender Grund zu vorgezogenen Wahlen ist folgender:

Die wirtschaftliche Lage wird immer schlimmer. Das Kapital und der IWF fordern ein neues Paket einschneidender Maßnahmen, das zumindest für 3 Jahre gelten soll. Regulärer Termin der Wahlen ist November 1992. Sollten die neuen wirt-

schaftlichen Maßnahmen schon jetzt eingeleitet werden, wären die Chancen der ANAP bei den Wahlen in einem Jahr schlecht. Wenn die Wahlen jetzt im Oktober stattfinden, wird es möglich sein, die neuen Maßnahmen schnell einzuleiten. Diese in sich schlüssig scheinende Logik hat die Staatsmacht gedrängt, den Termin vorzuverlegen.

WEITER MIT DEM KRIEG GEGENDAS KURDISCHE VOLK UND GEGEN DIE LINKE! VORSICHTIG IM KAMPF GEGENDIE ARBEITERKLASSE!

Es gibt einige neue Faktoren in der Politik der Staatsmacht, die Ordnung des "12. September" zu restaurieren und sich so auf den Beinen zu halten.

Die neue Regierung mußte sich nach ihrer Bildung mit zwei großen Problemen beschäftigen, die sie von der alten übernommen hatte: Die kurdische Frage und ArbeiterInnenbewegung.

Mit der Bildung der neuen Regierung begann gegenüber dem kurdischen nationalen Befreiungskampf eine breite Angriffswelle. Nicht nur gegen die PKK, sondern auch gegen andere Ziele. – Gegen die HEP, als kurdische Abspaltung der sozialdemokratischen SHP, gegen Menschenrechtsvereine, gegen kritische Zeitschriften, gegen die Bevölkerung, die mit verschiedensten Protestaktionen ihrem Widerstand Ausdruck verleiht. Der türkische Staat hat seine Hoffnung auf die "eigenen" KurdInnen zunehmend verloren und seinen Blick auf die irakischen KurdInnen gerichtet. Wir haben es mit einer Türkischen Republik zu tun, die den Anschein erwecken will, daß sie mit den irakischen KurdInnen in Frieden und mit den türkischen KurdInnen im Krieg lebt. (siehe dazu die Artikel zu den Ereignissen in Kurdistan!)

Mit dem Regierungswechsel ist eine neue Situation im Verhältnis von ArbeiterInnenbewegung und Staat entstanden. Ministerpräsident Mesut Yilmaz einigte sich mit den Gewerkschaften über Lohnerhöhungen für über eine halbe Million ArbeiterInnen in den staatlichen Betrieben, die sich auf den Streik vorbereiteten. Dem folgten Erhöhungen der Grundpreise für landwirtschaftliche Produkte und neue Lohnregelungen für Angestellte. Auch wenn mit den neuen Preiserhöhungen vom 10. August die Lohnerhöhungen bedeutungslos geworden sind, hat der Tarifabschluß der Regierung vorerst wenig Luft verschafft.

Die Regierung war gezwungen, die Löhne für ArbeiterInnen und die Grundpreise für landwirtschaftliche Produkte zu erhöhen, obwohl weder die Wirtschaftslage noch der Haus-

halt dafür Voraussetzungen boten. Hätte die Yilmaz-Regierung nicht eine solche Ruhepause im Tarifkonflikt eingeleitet, dann hätte sie sich in der Zeit vor der Wahlen außer mit den KurdInnen auch noch mit den ArbeiterInnen auf eine Auseinandersetzung eingelassen. Dies hätte einerseits die Wahlergebnisse ge-



fördert und andererseits die ArbeiterInnenklassen radikalisiert.

Es ist höchstwahrscheinlich, daß diese Ruhepause, die durch Lohnerhöhungen – als Spielkarte im Wahlkampf – erreicht wurde, nach den Wahlen wieder beendet sein wird. Denn neue wirtschaftliche Maßnahmen nach den Wahlen werden hauptsächlich die ArbeiterInnen und die Landbevölkerung treffen.

DIE WAHLEN IM OKTOBER

Die Staatsmacht bereitet die Wahlen nicht nur dadurch vor, daß sie eine Atmosphäre des Terrors und der Angst schafft – und in dieser Atmosphäre mit den ArbeiterInnen "Frieden schließt" – sondern auch mit gesetzlichen Regelungen, die einen Sieg der ANAP begünstigen. Das Wahlsystem der Türkei ist ausgesprochen undemokratisch. Hierzu drei Beispiele:

1. Eine Partei, die nur 30–35% der Stimmen bekommt, kann die Regierung allein stellen.

2. Nur eine Partei, die in 35 der über 70 Provinzen über Ortsvereine verfügt, kann sich an den Wahlen beteiligen.

3. Eine Partei, die in der gesamten Türkei nicht die Barriere von 10% überwunden hat, kommt auch dann nicht ins Parlament, wenn sie in einigen Provinzen die Mehrheit der Stimmen erhalten hat.

Das Wahlgesetz, das über weitere undemokratische Seiten verfügt, hat die ANAP bis heute 12 Mal zu ihren Vorteil geändert. Nun soll es noch einmal geändert werden. Die Änderung soll gewährleisten, daß die ANAP im schlechtesten Fall zumindest Koalitionspartnerin wird. (Die letzten Meinungsumfragen geben den Stimmenanteil der ANAP mit nur 13–20% an. Mit diesem Anteil könnte die ANAP die drittstärkste Partei werden.)

Die ganze Rechnung basiert auf

der Überlegung, die ANAP an der Regierung zu halten, auch wenn sie immerwenigerWählerInnenhat.

Die Armee und das Monopolkapital erachten die anderen Parteien nicht als Garanten für ihre Politik. Genausowenig wollen sie eine Koalition. Auch die USA würden Özal gern weiter an der Macht sehen – als vertrauenswürdigen Vertreter ihrer Politik im Mittleren Osten.

Im Hintergrund der Ereignisse im Juli, die offengelegt haben, daß die Türkei ein terroristischer Staat ist, steht die Politik der USA. Die Ausweitung der strategischen Überlegenheit der USA im Mittleren Osten setzt voraus, daß die Staatsmacht in der Türkei, deren Machtorgane die Armee und das Amt des Staatspräsidenten sind, so wie sie jetzt ist, aufrechterhalten bleibt. Die Aufrechterhaltung der bestehenden Herrschaft setzt aber auch voraus, daß die Gesellschaft sie so akzeptiert. Ein Weg, dies herbeizuführen ist die Schaffung des Bedürfnisses nach Ruhe, Ordnung und Stabilität in der Gesellschaft.

Die Morde und der Terror der Staatssicherheitskräfte und Todes-

schwadronen schaffen die Voraussetzungen für dieses Bedürfnis. Die Gesellschaft soll von neuem der Angst vor Terror ausgesetzt werden und sich mit der "Sicherheit" arrangieren, die Özal und die Armee ihr bieten kann. Leider sieht es so aus, daß diese Rechnung aufgrund der Schwäche der Linken aufgehen könnte.

Auch der Besuch des US-Präsidenten Bush in der Türkei hat eine historische Bedeutung. Diese Bedeutung rührt nicht daher, daß nach 32 Jahren wieder einmal ein US-Präsident die Türkei besucht hat, sondern aus dem Inhalt der zweitägigen Gespräche. Die zunehmende Bedeutung der Türkei hat eine Dimension erreicht, die die Beziehungen der USA zu Griechenland stören könnte. Bush's Offenheit, die Offenheit der USA, zu den Vorschlägen der türkischen Regierung in der Zypernfrage (Und das ist seit 1963 zum ersten Mal der Fall) stört Griechenland. Außer der zunehmenden Bedeutung der Türkei gibt es zwei weitere Gründe, aus denen die USA die Vorschläge der Türkei zum Teil

unterstützen. Erstens möchte Bush die Zypernfrage schnell gelöst haben und dabei Özal's Rolle als Erfüllungsgehilfe der US-Politik ausnutzen. Denn für Frieden auf Zypern muß die türkische Seite Konzessionen machen und Özal könnte dafür sorgen. Und zweitens will die US-Armee eine Militärbasis auf Zypern errichten. Diese Möglichkeit hätte sie nur, wenn die Zypernfrage gelöst wird.

Aufgrund der guten Beziehungen zwischen Özal und den USA ist eine Lösung der Zypernfrage überhaupt erst möglich geworden, da diese Frage in der Vergangenheit zu einer Sache des nationalen Prestiges für die Türkei gemacht worden ist.

Die Vorherrschaft der USA im Mittleren Osten und die Rolle, die die Türkei in der "Neuen Weltordnung" spielen möchte sind die Faktoren, die im Hintergrund der aktuellen Ereignisse in der Türkei stehen. Sie stehen in unmittelbarem Zusammenhang zum Staatsterrorismus, zum Krieg gegen die KurdInnen und zur bevorstehenden Parlamentswahl.

"WIR WERDEN UNSEREN VEREIN VERTEIDIGEN"

Erklärung der Vorsitzenden des Özgür-Der, Zerrin Sari, zum Verbot des Vereins

Der Özgür-Der wurde von 83 Gründungsmitgliedern am 8.4.91 eröffnet und am 14.7.91 geschlossen. Damit ist er sicher der Verein mit der kürzesten Lebensdauer. Özgür-Der hatte eine ziemlich weitreichende Satzung. Er hatte sich vorgenommen, gegen Probleme zu kämpfen, die aus Gegebenheiten wie Frauenproblemen, Umweltfragen, Problemen alleinstehender Kinder hervorgehen. Außerdem bezog er Stellung gegen Repressionen gegen Menschen aus Gründen wie Rasse, Religion, Sprache. Er übte Solidarität mit den Familien von Gefangenen, usw. Kurz, der Brennpunkt unseres Kampfes waren die Grundrechte und -freiheiten der Menschen. Und wir entwickelten unsere Aktivitäten in dieser Richtung. 4 Tage nach dem unser Verein gegründet worden war, wurde das Anti-Terror-Gesetz (ATG) beschlossen und dieses Gesetz gibt denen, die Staatsterror betreiben wollen, unbegrenzte Kompetenzen. Wir bezogen auch gegen dieses Gesetz Stellung, das es den Mächtigen ermöglicht noch rücksichtsloser vorzugehen. Bereits vor den ATG gab es jede Menge Übergriffe. Aber was sie in der Vergangenheit faktisch ausführten, hat sie jetzt, mit der "Macht", die sie durch das ATG erhalten haben, noch rücksichtsloser werden lassen. Zusammen mit dem Gesetz sind Masseneinrichtungen auf die Tagesordnung gekommen. Beinahe jeden Tag lesen wir in der Presse die Nachricht über eine Hinrichtung ohne Verurteilung. Sie haben dieses Gesetz beschlossen, weil die Bevölkerung die Totenstille, die der 12. September über sie ausgebreitet hatte durchbrach. Die Jugend legte bedeutende Wege zurück im Kampf um ihre akademisch-demokratischen Forderungen, die Arbeiter, Beamten im Kampf um ihre ökonomisch-demokratischen Rechte. Sie (die Mächtigen) richten

ihren Terror gegen das ganze Volk. In den Häusern, auf den Straßen, in den Bergen ermorden sie die Menschen ohne Verhör, ohne Untersuchung. Unter dem Vorwand von Hausdurchsuchungen und Arbeitsplatzdurchsuchungen veranstalten sie "Plünderungen". Özgür-Der wurde von 200 Polizisten der Eingreifstruppe, der politischen Polizei und an die Vereinskommision gebundenen Polizisten überfallen. Die Türen brachen sie mit Äxten auf, die Räume plünderten sie. Als sie sagten, sie würden die, die sich im Verein aufhielten auf die Polizeiwache und von dort aus zur politischen Polizei zur Identitätsüberprüfung bringen, sagten die Menschen im Verein, daß sie ihnen nicht glaubten, daß Menschen auf den Polizeiwachen verschwinden, getötet würden, gefoltert würden. Daraufhin nahmen sie 61 Menschen unter Schlägen und Mißhandlungen fest. Die 61 Personen weigerten sich, bei der Polizei eine Aussage zu machen. Nach 12 Tagen Polizeihaff wurde sie freigelassen, ohne daß sie überhaupt der Staatsanwaltschaft vorgeführt wurden. Der Staatsanwalt, der der Polizei die Befugnis gab, diese Menschen insgesamt 15 Tage festzuhalten, fragte nicht einmal, wo sie sich befänden. Nach all diesem wurden die Aktivitäten von Özgür-Der ohne Gerichtsentscheid auf Anraten der Polizei vom Gouverneur verboten. Wir werden, um den Verein wieder zu eröffnen, den Rechtsweg einschlagen. Wir werden alle gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Wir werden unseren Verein, den wir mit großer Arbeit und Mühe gegründet haben, verteidigen.

Sie sollen ihn verbieten oder unsere Aktivitäten stoppen, wir werden neue Vereine eröffnen. Und mit der Kraft, die wir daraus ziehen, daß wir im Recht sind, werden wir auch das ATG ins Leere laufen lassen.

aus: Demokrat!, August 91

Angriff auf Kurden im Nord-Irak

In der Nacht zum 5. August 1991 überfiel die türkische Armee Irakisch-Kurdistan. An dem Überfall beteiligten sich sowohl Kampfflugzeuge der türkischen Armee, die nach offiziellen Angaben angeblich PKK-Lager in Ortschaften Südkurdistans bombardiert haben, die über 40 km von der türkisch-irakischen Staatsgrenze entfernt sind, als auch reguläre und Spezialeinheiten der türkischen Bodentruppen. Insgesamt wurden nach offiziellen Angaben 30.000 türkische Soldaten in den Krieg gegen die Kurden geschickt. Über mehrere Tage hinweg wurden zunächst kurdische Siedlungsgebiete in Irakisch-Kurdistan von bombardiert. Infolge dieser Bombardierung sollen nach kurdischen Angaben mehrere hundert Zivilisten getötet worden sein. Nach offiziellen Erklärungen der türkischen Regierung bildeten die zivilen Siedlungsgebiete der Kurden angeblich keine Angriffsziele für die türkische Armee. Aber die offizielle Erklärung der türkischen Regierung nach Abschluß der militärischen Operationen in irakisch-Kurdistan, ohne daß die türkische Armee sich wieder auf türkischen Boden zurückgezogen hätte, spricht nur von ca. 35 getöteten **"Separatisten"** und 2 eigenen Toten, was angesichts tagelanger Bombardierung kurdischer Gebiete sowie Nahkämpfen, an denen über 5000 türkische Soldaten und etwa ebensoviele kurdische Kämpfer beteiligt waren, eine offensichtliche Lüge ist. Eine Lüge zur Täuschung der öffentlichen Meinung über ein erneutes Massaker an der kurdischen Bevölkerung...

Die türkische Aggression gegen Südkurdistan, die völkerrechtlich der irakischen Aggression gegen Kuwait oder aber der Aggression der USA gegen Panama gleichkommt, d.h. vom Völkerrecht nicht gedeckt ist und somit einen Bruch dessen darstellt, weil Südkurdistan offiziell irakisches Hoheitsgebiet ist, wurde von türkischen Herrschenden als eine **"notwendig gewordene Operation gegen die PKK"** dargestellt, die

"irakisch-Kurdistan als Rückzugsgebiet benutzt". Die Aktionen der kurdischen Guerilla in türkisch-Kurdistan dienten in der offiziellen Sprache der Rechtfertigung des Überfalls auf irakisch-Kurdistan. Als ausschlaggebende Aktion der PKK, die angeblich das Faß zum Überlaufen gebracht hätte, führte der türkische Staat den Überfall der kurdischen Guerilla auf eine Gendarmarie-Wache in Kurdistan an, bei dem mehrere Soldaten getötet wurden und 7 als Geiseln in die Hände der Guerilla fielen. Es ist aber bekannt, daß der Überfall der türkischen Armee schon vor dieser Aktion der kurdischen Guerilla geplant wurde. Denn Staatspräsident Özal sprach schon mehrere Tage vor dieser bewaffneten Auseinandersetzung mit der Gendarmarie davon, daß **"wir wissen, von wem diese Separatisten unterstützt werden. Wir werden sie in ihren Schlupfwinkeln vernichten."** Dies stellte sich nachhinein als eine verschlüsselte Ankündigung einer brutalen Aggression gegen ein anderes Land dar, die vom Ausmaß her der Aggression 1974 gegen Zypern gleichkommt.

GRÜNDE UND ZIELE DER TÜRKISCHEN AGRESSION GEGEN SÜDKURDISTAN

Der Überfall der türkischen Armee auf die kurdischen Gebiete im Irak ist eine Aktion, deren Ursachen und Ziele ineinander verstrickt sind. Sowohl der Zeitpunkt des Überfalls als auch die innen- und außenpolitische Lage lassen daran zweifeln, daß die türkische Armee allein zur **"Verfolgung der nach Irak geflüchteten Separatisten"** in irakisch-Kurdistan einmarschierte.

Sicherlich ist es so, daß das türkische Regime in höchstem Maße von der Zunahme der Guerillaaktivitäten und dem immer größer werdenden und sich ausbreitenden Widerstandes des kurdischen Volkes

gestört wurde und die Aktivitäten der PKK eingrenzen wollte, um eine weitere Radikalisierung des kurdischen Widerstandes zu verhindern. Schon die massenhafte von immer mehr KurdInnen an verschiedenen Demonstrationen und anderen Aktionsformen hat dem Regime klar gemacht, daß sein Spezialkrieg in türkisch-Kurdistan die kurdischen Massen gegen den Staat eingestellt hat. Der türkische Staat hat in den letzten Jahren in türkisch-Kurdistan keinen Krieg **"gegen eine Handvoll Terroristen"** geführt, sondern einen Krieg gegen das kurdische Volk, wie es selbst von Özal vor einem Monat in einem Interview mit der Tageszeitung Milliyet zugegeben wurde. Er sagt da, daß **"die Zivilbevölkerung im Osten der Türkei die Staatssicherheitskräfte und somit den Staat als gegen sich, als einen Aggressor erlebt"** hat und daß dies unbedingt korrigiert werden müsse. Die Sicherheitskräfte und staatlichen Organe müßten nun darauf bedacht sein, ihren Krieg **"auf die Separatisten"** zu beschränken. Jedenfalls steht das faschistische Regime in der Türkei nach 7 Jahren Spezialkrieg **"gegen eine Handvoll Separatisten"** nun vor der Tatsache, daß das Nationalbewußtsein breiter kurdischer Massen enorm zugenommen hat und sie sich massenhafte gegen den Staatsterror in türkisch-Kurdistan auflehnen. Die kurdische Frage ist für den türkischen Staat immer akuter geworden, Sie hat die Krise des Regimes vertieft und ist militärisch nicht zu lösen. Aber für die faschistische Struktur des Staates in der Türkei ist eine demokratische Lösung der kurdischen Frage nicht möglich, und so befindet sich das Regime in einer totalen Sackgasse.

Mit der breit angelegten militärischen Operation verfolgte der türkische Staat aber weitere Ziele, als das Eindringen von PKK-Kämpfern aus irakisch-Kurdistan nach türkisch-Kurdistan mit einer angestrebten 5 Kilometer breiten **"Sicherheitszone"** zu verhindern.

Eines dieser Ziele ist, den irakischen Kurden, die nun in irakisch-Kurdistan ein autonomes Gebiet errichten wollen, zu sagen und zeigen, daß es ohne Erlaubnis und Duldung des türkischen Staates keine kurdische Struktur – in welcher Form auch immer – in irakisch-Kurdistan geben könne. Der türkische Staat ließ während der Golfkrise und des Krieges Szenarien über die Zukunft Iraks in die Presse durchsickern, über die im Staatssicherheitsrat und Staatspräsidentenamt damals nachgedacht wurde. Özals Vorschlag damals war die Gründung einer Föderation von Arabern, Kurden und Türken im Irak bei der gleichzeitigen Drohung, der türkische Staat werde keine kurdische Autonomie in seiner Nachbarschaft akzeptieren. Die türkischen Herrschenden formulierten damit



gleichzeitig ihre Angst davor, daß eine kurdische Struktur in irakisch-Kurdistan zwangsweise auch Folgen für türkisch-Kurdistan haben würde. Zum Schluß mußte der türkische Staat aber akzeptieren, daß die Kurden in irakisch-Kurdistan nun eine Autonomie bekommen. Nun blieb ihm nichts anderes übrig, als den Kurden in irakisch-Kurdistan deutlich zu demonstrieren, daß sie sich dem türkischen Staat gegenüber loyal zu verhalten haben. Auch nach diesem letzten Überfall auf irakisch-Kurdistan wurde dies ziemlich deutlich. Der türkische Staat forderte Talabani und Barzani, Führer der Kurden in irakisch-Kurdistan, auf, sich deutlich von der PKK zu distanzieren und dem türkischen Staat zu garantieren, daß PKK-Kämpfer von irakisch-Kurdistan aus nicht operieren können. Dies geschah dann auch. Nach der anfänglichen Ablehnung des Überfalls der türkischen Armee gegen irakisch-Kurdistan ging dann Talabani, sobald er in Ankara eintraf und mit den türkischen Machthabern sprach, dazu über, öffentlich die PKK zu verurteilen und **"Verständnis"** für den türkischen Überfall zu zeigen. Nach Meldungen der türkischen Presse hat Barzani den Überfall von Anfang an gutgeheißen. Diese Haltung der wichtigsten Führer der irakisch-kurdischen Parteien, die den Krieg des türkischen Staates gegen die Kurden in der Türkei gutheißt und die PKK als Inbegriff einer radikalen Lösung der kurdischen Frage gemeinsam mit dem türkischen faschistischen Regime isoliert, mußte Thema eines gesonderten Artikels über die politischen Differenzen in der kurdischen nationalen Bewegung sein. Schon jetzt kann aber gesagt werden, daß sich die irakisch-kurdischen Führer, sollten sie ihre Politik der Zusammenarbeit mit dem türkischen Staat, einem der Feinde des kurdischen Volkes, fortsetzen, damit in die Gefahr bege-

ben, als Verräter in die Geschichte des kurdischen Volkeseinzugehen.

Der türkische Staat kommt aber wegen dieser Haltung der kurdischen Führer Barzani und Talabani (der übrigens die türkischen Unternehmer aufforderte, in irakisch-Kurdistan zu investieren, während die türkischen Kampfflugzeuge dasselbe Gebiet bombardierten) in die tautologische Situation, mit den Kurden im Irak in **"Frieden und Freundschaft"** zu leben, während er mit den **"eigenen Kurden"** in einem brutalen Krieg steht. Es ist höchst fragwürdig, wie lange das noch gutgeht...

Der letzte Überfall auf irakisch-Kurdistan ist nicht der einzige in der jüngeren Geschichte. Die Türkei ließ schon während des Iranisch-Irakischen Krieges seine Soldaten in irakisch-Kurdistan einmarschieren. Mit der selben Begründung, wie beim letzten Überfall. Aber es war schon damals klar, daß die Türkei im Falle einer Niederlage Iraks im Iranisch-Irakischen Krieg nach Irak einmarschieren, die dortigen kurdischen Ölstädte Mosul und Kirkuk einnehmen und so einerseits einen möglichen Vormarsch Irans im Sinne der USA, und andererseits die Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates in dem entstehenden Vakuum verhindern wollte. Dieses Ziel, begleitet von der reaktionären Propaganda, die erwähnten Ölstädte seien sowieso türkisch und die dortlebende türkische Minderheit werde unterdrückt, wurde zwar beim letzten Angriff offiziell nicht so formuliert. Aber dies bedeutet keinesfalls, daß die Türkei in einer günstigen Situation diesem reaktionären Traum nicht nachgehen könnte. Faktisch ist es eine Besetzung des irakisch-kurdischen Gebietes, was die Türkei vor hat: die Errichtung **"einer 5 km breiten Pufferzone"** auf dem erwähnten Gebiet.

Weiterhin ist es wichtig zu sehen, daß die strategische und politisch-

militärische Bedeutung der Türkei im Mittleren Osten infolge des Golfkrieges und parallel zur strategischen Überlegenheit der USA in der Region zugenommen hat. Abgesehen von dem Überfall auf Zypern hat die türkische Armee nicht die notwendige **"Übung"**, einen grenzüberschreitenden Krieg zu führen. Abgesehen davon, daß die türkische Armee mit dem letzten Überfall auch auf solche Projekte vorbereitet werden sollte, läßt das große Schweigen über die türkische Aggression in der internationalen Öffentlichkeit befürchten, daß das faschistische Regime auf den Gewöhnungseffekt einsetzt, d.h. es nun zu einer normalen Erscheinung gemacht werden soll, daß der türkische Staat immer dann in irakisch-Kurdistan einmarschieren kann und wird, wenn er es für nötig hält. Deutschlands Protest aus dem Munde Genschers gegen diesen Überfall läßt auch eher vermuten, daß Genscher damit seiner Sorge Ausdruck verlieh, daß die Türkei sich immer mehr an den USA orientiert und von den USA geleitet wird, und daß die Orientierung auf die EG in der letzten Zeit eher abgenommen hat. Deutschland als werdende Weltmacht wollte damit die Frage zum Ausdruck bringen, wozu denn BGS-Ausbilder und die deutschen Berater in der Türkei sind, wenn sie anscheinend all dies von den USA bekommen kann.

Wie bekannt, haben die USA den Überfall auf irakisch-Kurdistan mit Stillschweigen bis Wohlwollen registriert. Sie waren ja daran auch mitbeteiligt. Die zuständigen Behörden der USA wußten von dem Überfall, bevor er stattfand. Sie haben auch die Operationen der türkischen Armee unterstützt: die bombardierten Kurden und die PKK behaupten, daß US-Kriegsflugzeuge an den Operationen beteiligt waren. Zugegeben wurde vom türkischen Generalstabschef allein **"die**

freundschaftliche Hilfe der USA", Informationen aus den US-Radar-systemen über die Angriffsziele benutzen können.

Der Überfall der türkischen Armee auf irakisch-Kurdistan sollte auch innenpolitisch die ANAP-Regierung stärken. Wie in verschiedenen Nummern der TÜRKEI-INFORMATION geschildert, befindet sich das Regime in der Türkei in einer tiefen Krise. Die Wählerunterstützung für die ANAP-Regierung wird immer geringer. Sowohl die ökonomischen als auch die politischen Probleme scheinen unlösbar zu sein. Die ANAP-Regierung und Staatspräsident Özal befinden sich auch in einer Legitimationskrise. Um der ANAP-Regierung einige dieser Schwierigkeiten abzunehmen, wurde die Leitung der Partei vor kurzem ausgewechselt. Kurz danach wurde eine neue Regierung unter dem Ministerpräsidenten Mesut Yılmaz gebildet, die erklärtermaßen eine Regierung zur Vorbereitung von vorgezogenen Wahlen ist, der sie nicht mehr ausweichen konnte, da sowohl die gesamte Opposition als auch die Vereinigungen der Unternehmer und die Armee die Verlegung der Wahlen forderten. Die ANAP mußte aber ihre Regierungsmacht ausnutzen, um bis zu den Wahlen ihre Wahlchancen zu erhöhen. Zu diesem Zweck diente neben anderen Maßnahmen (Staatsterrorismus, Lohnerhöhungen usw.) auch der letzte Überfall auf irakisch-Kurdistan. Die ANAP-Regierung präsentierte sich als eine starke Regierung, die in der Lage sei, "den Terrorismus" auch in irakisch-Kurdistan zu bekämpfen. Sie sorgte auch dafür, daß die gesamte bürgerliche Opposition diesen Überfall begrüßte und sich von einer nationalen Kriegsbegeisterung leiten ließ. Der militärische Überfall sollte der ANAP-Regierung sozusagen auch Pluspunkte für die Wahlen bringen. Ob diese Rechnung aufgehen wird, werden die vorgezogenen Parlamentswahlen im Oktober zeigen.

Zum Schluß muß betont werden, daß der faschistische türkische Staat sich im Beginn eines totalen Angriffs gegen das kurdische Volk befindet. Inwieweit dieser Angriff für den türkischen Staat erfolgreich sein wird, hängt auch von der internationalen Unterstützung des kurdischen Volkes ab. Das Stillschweigen gegenüber dem Überfall in irakisch-Kurdistan läßt Schlimmes befürchten.

"Dies ist eine NATO-Besetzung"

Die im Juli im türkisch besetzten Teil von Kurdistan stationierte "Schnelle Eingreiftruppe", die als Schutztruppe für die KurdInnen im Nord-Irak dienen soll, stößt vielerorts auf Kritik.

Die Eingreiftruppe ist eine 3000-köpfige Einheit, die vor allem aus US-Soldaten, aber auch aus britischen, französischen, italienischen, holländischen und türkischen Truppenteilen zusammengesetzt ist. Sie ist an der Grenze zum irakischen Staatsgebiet in Silopi und Incirlik stationiert.

Interview mit dem ehemaligen Lehrstuhlinhaber für Politische Wissenschaften, Haluk Gerger, aus YENI ÜLKE vom 28. 7. 1991

*** Herr Gerger, würden Sie für uns die wahren Gründe für die Stationierung der multinationalen Eingreiftruppe in Silopi und die Entwicklungen hinsichtlich dieses Themas bewerten!**

Sehen Sie, ich möchte es mit einem Beispiel erklären. Während des 2. Weltkrieges pflegte man die Straßenkatzen auszurotten. Die Stadtpolizei fing die streunenden Katzen ein und steckte sie in einen Sack. Dann wurden sie ins Meer geworfen. Aber noch bevor sie ins Meer fielen, zerfeischten sich die Katzen in dem dunklen Sack gegenseitig. Jetzt ist der Irak der Sack. Und die Türkmene, Araber, Kurden sind die Katzen. Man wird sie alle in ihn hineinstecken. Damit sie sich gegenseitig umbringen. Natürlich, in der Dunkelheit sehen sie nichts, sie sehen ihren Feind nicht – sie zerfleischen sich gegenseitig. Dies ist der Plan des Imperialismus. Denn der Imperialismus ist nicht der Freund auch nur eines einzigen Volkes. Warum sollte er ein Freund des kurdischen Volkes sein? Bestenfalls errichtet er ein kurdisches Mandatsgebiet. Er errichtet, vielleicht, ein kurdisches Israel. Er errichtet ein Kurdistan, das er wie die Türkei zu seiner Marionette macht. – Das ist aber ein anderes Problem. – Und die Türkei ist bei dieser Sache dabei. Die

Özal Regierung ist dabei. Die Imperialisten können den Einflüßbereich der NATO nicht offiziell in einer solchen umfassenden Weise auf den Mittleren Osten ausdehnen. So machen sie es eben faktisch. (...) Dies ist eine NATO-Besetzung. Es ist eine amerikanische Besetzung, nichts anderes. So sehe ich die Sache.

*** Wie wirkt sich diese Entwicklung auf die anwachsende Bewegung in der Region aus?**

Nun ist der Imperialismus gekommen um angeblich den Kurden zu helfen. Er hat den Kurden den Kopf verwirrt. Einige Kurden hat er gekauft. – Sie kaufen die Türken, sie kaufen jeden. – Aber er konnte noch nicht die kurdische Bewegung als ganze beherrschen. (...) Letztenendes kann man nicht einmal sagen, daß er der kurdischen Bewegung geholfen hätte. Darüber lachen ja die Hühner (im Original: "die Raben"; TI). Das soll heißen, die Macht, die den Mittleren Osten neu besetzt hat, ist der Feind des türkischen Volkes. Ist auch der Feind der Kurden. Er gerät mit ihren objektiven Interessen in einen Widerspruch. Er gerät mit den Kurden in Widerspruch, mit den Palästinensern, mit den Arabern. Er gerät in Widerspruch zu allen, die nicht mit ihm kollaborieren. Deshalb wird er mit der nicht mit ihm kollaborierenden kurdischen Bewegung in der Türkei, im Irak, in Syrien und im Iran in Widerspruch geraten, und zwar objektiv. Nun, was wird sein, wenn er jetzt zu ihnen in einen Widerspruch gerät? Was macht der Imperialismus? – Er setzt Waffen ein, er setzt Gewalt ein, er schießt, zerstört, tötet. Macht die Türkei nicht das Gleiche? Sehen Sie mal, der Staat richtet in Diyarbakir, in Istanbul, in Ankara hin (gemeint sind Hinrichtungen ohne Gerichtsverhandlung und Urteil; TI). Auf was vertraut er dabei? Auf die NATO vertraut er, auf die USA. Wenn er früher einmal zugeschlagen hat, schlägt er jetzt dreimal zu. Denn er wird noch stärker. Amerika gibt ihm Panzer, Geschütze, Gewehre – es bringt auch seine eigenen Soldaten. Aber wenn ich all dieses sage, meine ich damit nicht: der Imperialismus ist so stark, daß er immer Pläne macht und daß alles in die von ihm gewünschte Richtung läuft. Nein... Das Leben verläuft nicht immer so, wie er

es will. Wenn das Leben so wäre, daß man es mit einem Computer berechnen könnte, wären bis jetzt sowieso alle Dinge gelöst. Aber so läuft es nicht. Es gibt verschiedene Kräfte, Sehnsüchte und Erwartungen der Menschen. (...) Was aber dann? Der Mittlere Osten kocht. Jetzt ist das ganze Problem folgendes: Wird der Mittlere Osten seine Stabilität wiedererlangen oder nicht? Wenn er die Stabilität wiedererlangt, heißt das folgendes: Die palästinensische Bewegung wird eine Niederlage erleiden. Die Kurden werden zermalm, zum Schweigen gebracht. Die Besetzung der Türkei wird innerhalb der Türkei vollzogen (gegenüber der eigenen Bevölkerung; TI). Die Araber werden sich beugen.

Wenn dies geschieht, kann von einer wirklichen Niederlage gesprochen werden.

Entweder wird es so geschehen, oder der Aufschwung des Anti-Imperialismus wird stärker werden. Und dieser verstärkte Aufschwung des Anti-Imperialismus wird gegen den gemeinsamen Feind die Volkskräfte vereinen. Die Türken, Kurden, Araber, Perser werden eine gemeinsame Front bilden gegen diesen gemeinsamen Feind. Dies wird sehr interessant werden. Denn der gemeinsame Feind, d.h. der westliche Imperialismus und der Feind im Inneren (die Kollaborateure; TI), haben sich so sehr ineinander verflochten, daß ein revolutionärer Aufschwung oder auch eine Bewußtwerdung, nicht nur den Imperialismus, sondern auch die Kollaborateure im Inneren, alle einzeln zum Ziel nehmen wird. Zweitens: Die Befreiung wird auch eine revolutionäre Bewegung des Mittleren Ostens hervorbringen. Ob es eine Föderation im Mittleren Osten geben wird, oder etwas anderes, das weiß ich nicht. Aber eher noch als eine Lösung in den einzelnen Ländern ist eine Lösung auf der Ebene des Mittleren Ostens unter dem Zusammengehen der Völker wahrscheinlich. Es erscheint mir in dieser Zeit nicht mehr einfach, daß sich einzelne Völker oder ein einzelnes Land befreien können. Entweder befreit sich der Mittlere Osten als ganzer, oder er kapituliert vollständig.

*** Wird es in diesem Prozeß keine Reaktion der Sowjetunion unter Gorbatschow geben? Wird sie nur Zuschauer bleiben?**

Eigentlich haben sich die Sowjets unter Gorbatschow dem Imperialismus unterworfen. Sie kämpfen jetzt um ihr eigenes Überleben. Und die Anschauung "Wir haben uns zu sehr nach außen geöffnet. Wir haben mit Amerika einen Wettbewerb in allen Bereichen begonnen." haben sie verändert. Das Wichtigste ist aber, daß sie ihre politische Zukunft, als Notwendigkeit ihrer Wirtschaftspolitik, der Perestroika, an Hilfe von

AUFRUF

an Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter Beteiligt Euch an dem Besuch des Prozesses gegen die PKK in Düsseldorf!

Bereits am 12. Dezember 1990 hatte eine Delegation Hamburger GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen den Düsseldorfer Prozess gegen Mitglieder und Sympathisanten der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) beigewohnt, um ihre Sorge bezüglich des rechtsstaatlichen Handelns der deutschen Justiz zum Ausdruck zu bringen.

In der Presseerklärung nach der Prozessteilnahme im Dezember 1990 sah die Delegation ihre Befürchtungen bestätigt. Der damalige Zeuge, Nusret Arslan, einer der drei Hauptbelastungszeugen der Bundesanwaltschaft (BAW) hatte sich ständig in seinen Aussagen widersprochen und erschien trotz andauernder Hilfestellung von BAW und Gericht vollkommen unglaubwürdig. Die Delegation erklärte, daß für sie offenbar geworden sei, daß hier eine Befreiungsbewegung angeklagt ist, die mit Hilfe dieses Verfahrenskriminalisiert werden soll.

Die BAW reagierte auf den Besuch der GewerkschafterInnen mit einem denunziatorischen Schreiben an die jeweiligen Vorstände der Gewerkschaftsmitglieder, die den Prozess beobachteten (u.a. IG Metall, HBV, GEW, IG Medien). In diesem wird den ProzessbeobachterInnen unterstellt, sie "seien nicht richtig informiert worden". Eine 30-seitige Broschüre, die mitgeschickt wurde, sollte den Beweis, der im Gericht nicht erbracht wurde, für den terroristischen Hintergrund der PKK liefern. Damit warf die BAW den GewerkschaftskollegInnen gleichzeitig vor, sich zu KomplizInnen von angeblichen Terroristen zu machen. Die BAW versucht mit solchen inquisitorischen Methoden, ihre eigene Form der Prozessgestaltung auch außerhalb des Gerichtssaales fortzusetzen. Die Öffentlichkeit des Verfahrens soll mit allen Mitteln unterbunden werden.

Es ist ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik, daß sich die BAW aus einem laufenden Strafverfahren aktiv in innergewerkschaftliche Diskussionsprozesse einmischte.

Am 21. Mai besuchte erneut eine Gewerkschaftsdelegation, diesmal aus dem gesamten Bundesgebiet, den Prozess. Das erste Mal nach 1 1/2 Jahren Prozessdauer war der Saal fast ausschließlich mit Deutschen besetzt, was den Vorsitzenden Belker zu der Bemerkung veranlaßte, daß er sich "das gedacht habe, daß jetzt Schaukämpfe für die IG Medien aufgeführt" würden.

Auf der anschließenden Pressekonferenz beschloß die Delegation zum 2. Jahrestages des Prozesses bundesweit zu einem neuen Prozessbesuch aufzurufen.

**Dieser findet nun statt:
am 5. November 1991
und/oder am 6. November 1991**

(es gibt die Möglichkeit, an einem der beiden Tage am Prozess teilzunehmen.)

Bitte meldet Euch, wenn Ihr an diesem gemeinsamen Prozessbesuch von GewerkschafterInnen interessiert seid, bis zum 28.10.91 bei folgender Adresse:

**Freundes des kurdischen Volkes
Bergiusstraße 12
2000 Hamburg 50
Tel.: 040-3902128**

Wir werden unser Kommen dem Gericht schriftlich mitteilen. In der Mittagspause werden wir Gelegenheit haben, mit den Angeklagten und Verteidigern zu sprechen. Für den frühen Abend laden wir zu einer Pressekonferenz in Düsseldorf ein.

Außen gebunden haben. So betteln sie jetzt ja auch beim Imperialismus um Geld. Du erbettelst beim Imperialismus Geld und Du bist andererseits gegen ihn. Das geht nicht. Deshalb sagen sie, "Ich möchte vom Imperialismus Geld nehmen. Ich möchte es mir nicht mit ihm verderben." Aber die Ergebnisse sehen sie auch. Während die USA alles Mögliche gegen die Völker des Mittleren Ostens unternehmen, haben sie auch für die Sowjetunion eine Bedrohung geschaffen. Diese NATO-Eingreiftruppe wird morgen auch in Kaukasien eingesetzt! Sie wird auch beim Zerfall der Sowjetu-

nion eingesetzt! Natürlich, es gibt welche, die das sehen. Aber es gibt auch die Erwartung an die Hilfe vom Imperialismus. Das ist ein Widerspruch. Wie der gelöst werden wird, weiß ich nicht. Denn die Sowjets haben sich bisher kaum verhalten. Oder nur in Gestalt eines Schewardnadze - der dem Imperialismus diene. Deshalb ist es schwer, dazu etwas zu sagen.

*** Vorhin haben Sie gesagt, daß der Imperialismus auf der einen Seite auch Volksbewegungen in Bewegung bringen kann. Nun, stärkt das Eingrei-**

fen des Imperialismus mit diesen, oder ähnlichen, Kräften und Taktiken die zur Zeit in der Region beginnende und ständig zunehmende Volksbewegung indirekt noch mehr?

Ja. Denn Imperialismus heißt Ausbeutung und Unterdrückung. Ausbeuterische und unterdrückerische Regime, diese Art Systeme, tragen ihnen entgegengesetzte Keime bereits in sich. Sie tragen in ihrer eigenen Struktur Entwicklungen gegen sie selbst in sich. Deshalb wäre es gegen die Natur, wenn nicht eine anti-imperialistische, aufständige Bewegung entstehen würde. Ob diese erfolgreich ist, das können wir nicht wissen. Aber sie wird entstehen. In der Türkei gibt es sie sowieso. In sämtlichen Regionen des Mittleren Ostens gibt es sie. Nun wird auf diese Bewegungen Benzin gegossen. In Diyarbakir, in Istanbul werden Menschen von den Herrschenden getötet. Warum haben sie Angst? Es gibt eine von Innen kommende Bewegung, die nach Innen gerichtet ist. Deshalb sind sowohl die Regierenden in der Türkei, als auch die Kräfte, die sie im Hintergrund unterstützen, in Panik.

*** Zu welcher Art von Unternehmungen kann diese Panik sie bringen?**

Sie können alle tun.

*** Wie in den Ländern Lateinamerikas?**

Ihre Hände sind sowieso blutig. D.h. mit dem "12. September", mit dem "Blutigen Sonntag" (islamischer Aufstand gegen den Laizismus; TI), seit den (kurdischen; TI) Aufständen im Osten, seit den Osmanen. Wenn die herrschenden Kräfte in die Ecke gedrängt werden, nehmen auch ihre Angriffe zu. Aber dann fangen auch die Widersprüche an. Denn sie sehen, mit Angriffen, mit Vernichtung, klappt es nicht, das Leben geht weiter. (...) Natürlich, es kann Risse bei den herrschenden Kräften geben. Aus ihrer Mitte können Kräfte entstehen, die einen Rückzug wollen. Aber im Wesentlichen werden sie aggressiver. Sowohl der Imperialismus als auch seine Handlanger im Inneren werden aggressiver. Deshalb sind jetzt die Volkskräfte in einer legitimen Verteidigungsposition. Einen anderen Ausweg haben sie auch nicht. Sie werden sich verteidigen. Und der Weg dafür ist die Einheit der Kräfte und die demokratische Aktion. Denn sich auf das Spiel der Herrschenden einzulassen (d.h. mit ihren Methoden zu antworten; TI) kommt dem Selbstmord vieler demokratischer Kräfte gleich.

*** Kann es sein, das die an die herrschenden Kräfte gebundene TRT**

(staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt; TI) und andere Publikationsorgane, die die Vorfälle in Form einer "kurdischen Bedrohung" lancieren, den Boden für einen Putsch vorbereiten?

Natürlich. Die Regierenden in der Türkei haben nie die kulturelle, politische und wirtschaftliche Kraft gehabt, die Türkei zu regieren. Besonders nicht nach dem 2. Weltkrieg. 45 Jahre haben sie die Türkei regiert. Aber sie hatten nie diese Kraft. Und wer die kulturelle, politische und wirtschaftliche Kraft nicht hat, der macht immer zwei Dinge. Einerseits wird er zerstörerisch gegen die, die er selbst regiert. Und auf der anderen Seite sucht er Schutz bei anderen Kräften. Auch die Türkei hat das so gemacht. Auf der einen Seite haben sie beim Imperialismus Schutz gesucht, auf der anderen Seite zerstören sie das Leben von denen, die sie regieren. Aus Gründen, die auf internationalen Ebenen zu sehen sind; weil sie zum Imperialismus geflüchtet ist, wurde ein demokratischer Anschein für die Türkei notwendig. Aufgrund der Notwendigkeit, im Inneren zerstörerisch sein zu müssen, wurde es auch nötig, diese Demokratie eine Zeitlang zu beseitigen. Es gibt Widersprüche zwischen diesen Handlungen. Aber alle 10 Jahre wird die Demokratie beseitigt (Militärputsche 1960, 1971 und 1980; TI).

Sicherlich muß man auch eine Begründung haben, wenn man die Demokratie beseitigen will. Es geht natürlich nicht, daß da irgendwelche Generäle kommen, daß Evren kommt und sagt: "Ich hatte Lust zu putschen." (...) Und auch die wirklichen Gründe kann er nicht nennen. Er kann nicht sagen, "Hallo Bevölkerung, wir können Euch nicht regieren. Wir verlieren die Führung. Wir werden Euch jetzt mit Gewalt unterdrücken."

Die offizielle Ideologie, die herrschenden Klassen, brauchen einen Feind. Man hat diesen Feind, damit man sich an ihm rächen kann. Und man wird das Volk mit dieser Rache einschüchtern. So wird die Beseitigung der Demokratie legitim erscheinen. Man braucht diesen Feind, damit dem Volk nationale Einheit und Gemeinsamkeit vorgetäuscht wird. In der türkischen Republik gibt es diesen Feind seit ihrer Entstehung. Besonders nach dem 2. Weltkrieg wurden 3 Feinde vorgewiesen: Der Islam, die Kommunisten und die Kurden. Das hängt in der Türkei besonders von der internationalen Lage ab. Als es gegen die Sowjetunion ging, war sie der äußere Feind und die Kommunisten sein verlängerter Arm im Inneren. Jetzt ist die Sowjetunion am Ende. Jetzt ist die Türkei der Wächter des Imperialismus' gegen den Mittleren Osten. Der Mittlere Osten ist muslimisch. Dafür stehen in der Türkei die islamischen



US-Soldat der in Silopi stationierten Eingreiftruppe umringt von jungen kurdischen Schuhputzern

Reaktionäre, der zweite verlängerte Arm. Wen gibt es im Mittleren Osten noch? Die Kurden. Jetzt sind es die Kurden. – Auch die Kommunisten sind wieder Feinde. Aber sie reichen nicht alleine. (...) Um diese drei Feinde dreht es sich. Draußen und drinnen werden sie vorgeführt. Dem Volk werden die nationale Einheit und Gemeinsamkeit vorgespiegelt. Sie suchen eine Legitimierung für die Unterdrückung. Je nach Situation gebrauchen sie den einen Feind, zwei, oder alle drei. Sie brauchen den Feind. Und wenn es keinen gibt, schaffen sie einen.

*** Ich möchte einen interessanten Aspekt ansprechen. Ich denke, auch Sie haben es in den Zeitungen gelesen. Als die amerikanischen Soldaten aus Irak-Kurdistan abzogen, haben die dort lebenden Kurden sie mit Sympathiekundgebungen gebeten, nicht zu gehen. (...) Das heißt, eine Kraft, die im Wesen der Feind dieses Volkes ist, wird wiederum von diesem Volk an die Brust gedrückt. Wie kommt es, daß die Kurden, wenigstens ein Teil von ihnen, ihrem eigenen Feind sagen, "Geht nicht, bleibt hier!". Außerdem, was haben Ihrer Meinung nach die Medien hierfür einen Einfluß?**

Nun, es gibt hier vielerlei Einflüsse. Auch den der Medien. Die Medien sind jetzt die Quelle des Militarismus. Sie sind das Propagandainstrument des Imperialismus. Das ist überall auf der Welt so. Speziell in der Türkei war es immer so. Außerdem sind sie das Instrument Nr. 1 für Lügen und Betrug geworden. Auf der einen Seite gibt es die Medien. Aber es gibt auch andere Dinge. Wie schade, daß die Menschheit verdummt wird. Die Amerikaner, die Europäer, alle. Seit 15 Jahren gucken die Amerikaner 'Dallas'. Sogar Völker, die, wie wir, weniger entwickelt sind und noch stärker unterdrückt werden, verlieren in hohem Maße ihr eigenes Wesen. Gibt es nicht in der Türkei amerikanische Mode? Haben sie nicht im Irak die Scheiße der amerikanischen Soldaten geküßt? Indirekt ist diese allgemeine Degenerierung, Zerrüttung und Bewußtseinsver-

fälschung in der Menschheit der Grund dafür, daß Freund und Feind durcheinandergebracht werden. Auch das kurdische Volk ist nicht frei davon. Die Menschheit wird beeinflusst. Auch das kurdische Volk wird beeinflusst. Aber das ändert sich. Denn langfristig können sie nicht erfolgreich sein. Das, was sie tun können, ist, die Kräfte zu beeinflussen, die das Bewußtsein eines Volkes bilden, die die Öffentlichkeit bilden. Die Intellektuellen kaufen. Die, die sie nicht kaufen können, zum Schweigen bringen. Deren Köpfe verwirren. Damit sie die Volkskräfte befrieden. Leider wurden auch in der Türkei sowohl die Intellektuellen als auch die Führer politischer Bewegungen in Schlaf versetzt. Aber das Leben schlägt ihnen jeden Tag ins Gesicht. Sie haben behauptet, der Imperialismus sei am Ende. Aber der Imperialismus ist gekommen und hat sich in der Türkei niedergelassen, hat ihnen ins Gesicht geschlagen. Das sind alles vorübergehende Dinge. Wenn er damit Erfolg gehabt hätte, wäre er in Vietnam nicht besiegt worden. Gab es in Vietnam vielleicht keine Kollaborateure?

*** Wir sehen keine ausreichende Unterstützung für die Entwicklungen in der kurdischen Volksbewegung von unseren Intellektuellen außerhalb und innerhalb der Türkei. Welches sind ihrer Meinung nach die Gründe dafür?**

Weil der "12. September" in großem Maße eine verbrannte Erde hinterlassen hat. Aus diesem Schutt herauszusteigen und seine Stimme zu erheben ist nicht leicht. Die Intellektuellen sind nicht laut genug. Aber auch nicht so still, wie man vielleicht glaubt. (...) Aber die, die ihre Stimme erheben, können sich kein Gehör verschaffen. Wenn dem nicht so wäre, warum werden dann in Ankara und Istanbul die Menschen niedergeschossen? An allen Ecken und Enden Unterdrückung, Gefängnisse, ...

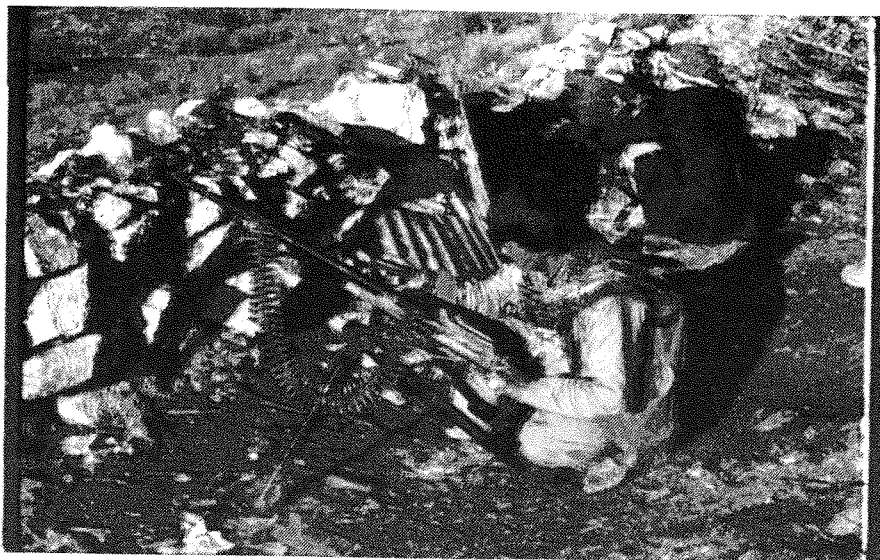
Die Türkei ist von innen und außen umzingelt. Ihre Medien, ihre

Universitäten, ihr TRT, alles ist umzingelt. Deshalb können die, die ihre Stimme erheben, sich kein Gehör verschaffen. Was muß getan werden? – Man muß noch lauter schreien! Aber die, die schreien, werden erschossen.

Nun hat der "12. September" nicht alles erstickt. Je mehr es eine Organisation gibt, wird auch die Stimme der Intellektuellen lauter werden. Sie werden weniger falsch machen. Deshalb sollte man sie nicht zu sehr kritisieren. Man muß die objektiven und die subjektiven Bedingungen betrachten. (...)

*** Für die Beschleunigung des Prozesses, den sie angesprochen haben, des Prozesses der Organisation und des "die Stimme erheben", wird auch der Wind, der von Kurdistan herweht, eine Rolle spielen. Was meinen Sie dazu?**

Natürlich. Es trifft auch zu, daß ein Volk, das ein anderes unterdrückt, selbst nicht frei sein kann. Das trifft für die Türkei genau. Wenn die Kurden keine demokratischen Rechte erhalten können, können es die Türken auch nicht. Es ist ganz offensichtlich. Das sehen auch die Türken. Für sich selbst, für ihre eigenen demokratischen Rechte, muß man auch den anderen demokratische Rechte geben. Selbst wenn man nicht will. Sie sind dazu gezwungen. Beide brauchen sich gegenseitig. Heute stürzen in der Türkei viele Tabus ein. Sie stürzen von Zonguldak aus ein (großer Bergarbeiterstreik im vergangenen Winter; TI), sie stürzen von Diyarbakir aus ein. An allen Ecken und Enden stürzen sie ein. Und die Ergebnisse ergänzen sich gegenseitig. Und während sie sich ergänzen, stärken sie sich auch. Deshalb sind sie (die Herrschenden; TI) in Panik. Deshalb bauen sie auf den Imperialismus. Deshalb lassen sie ihn die Besetzung durchführen. Deshalb diese Brutalität. Alles kommt daher. Wenn alles ein Paradies wäre, wozu dann das?



"Derbewaffnete Kampfist dereinzige Weg zur Befreiung"

Interviu mit Hayri Yildirim, Vorsitzender der HEP/Diyarbakir

Frage: Herr Yildirim, nicht zuletzt durch den Mord an ihrem Bezirksvorsitzenden von Diyarbakir, Vedat Aydin, ist die Partei der Arbeit des Volkes (HEP) verstärkt international bekannt geworden. Wie lange gibt es diese legale Oppositionspartei eigentlich schon und was war der Anlaß für deren Gründung?

Hayri Yildirim: In der gesamten Türkei gab es keine einzige legale demokratische Partei. Auch die sich so bezeichnende Parteien wie die Sozialdemokraten (SHP) sind

chauvinistisch und kümmern sich nicht um die Unterdrückung des kurdischen Volkes. Ja mehr noch, sie schließen Parteimitglieder aus, die sich mit den KurdInnen solidarisieren. Wie Sie vielleicht wissen, fand 1989 eine kurdische Konferenz in Paris statt. Als dort auch einige Abgeordnete der SHP redeten, wurden sie aus der Partei ausgeschlossen. Aus diesem Grund traten übrigens diese Parlamentarier und einige weitere der HEP bei. Formal konstituierte sich die HEP am 3. März 1990.

Die HEP ist also eine landesweite Partei und beschränkt sich nicht nur auf den Südosten, also Kurdistan.

Genau, denn wie gesagt gibt es ja ansonsten auch für Türken und Türkinnen keine legale Betätigungsmöglichkeit in einer demokratischen Partei. Und jeder demokratisch gesonnene Mensch braucht eine solche Möglichkeit. Allerdings ist die kurdische Volksgruppe bei uns stärker vertreten als die türkische, was u.a. am dort vorherrschenden Chauvinismus liegt, den ich schon erwähnte.

Was sind die wichtigsten Grundsätze und Ziele Ihrer Partei?

Nach europäischen Standards ist die HEP sozialdemokratisch. Das heißt sie führt und unterstützt soziale und demokratische Kämpfe, soweit dies das Gesetz erlaubt. Jede und jeder, der die kemalistische Ideologie ablehnt, kann bei uns Mitglied werden. Weil diese offizielle Ideolo-

gie seit jeher vom kurdischen Volk abgelehnt wurde und wir vom türkischen Staat nur Unterdrückung, Ausbeutung und Mord kennen, deshalb bilden bei uns die KurdInnen die Majorität.

Verstehen wir Sie richtig, daß die HEP keine spezifisch sozialdemokratische Partei ist, die mit denen in anderen Ländern vergleichbar ist, sondern eher eine Dachorganisation, die linksoppositionellen Gruppen oder Personen verschiedener Schattierung den Raum zur Organisation und für Aktivitäten bietet?

So ist es. Unsere Türen sind für alle geöffnet, die gegen die Unterdrückung des kurdischen Volkes und gegen die kemalistische Staatsideologie sind. Doch zurück zu unseren Zielsetzungen. Wir treten für alle Bevölkerungsgruppen ein, die unterdrückt, gefoltert, ausgebeutet und gedemütigt werden. Das kurdische Volk wird in der Türkei blutig unterdrückt, deshalb sind wir eine Partei für das kurdische Volk, die ArbeiterInnenschaft wird ausgebeutet, deshalb sind wir für mehr Rechte und bessere Lebensbedingungen der ArbeiterInnen. Die Menschenrechte werden überall in der Türkei mit Füßen getreten, deshalb setzen wir uns für die Einhaltung der Menschenrechte ein. Wie die Teilnahme von mehr als 100.000 Menschen an der Trauer- und Protestdemonstration von Vedat Aydin bewiesen hat, sind alle die für die Menschenrechte

eintreten, bei unserer Partei.

Wie stark ist Ihre Partei in türkisch-Kurdistan verankert?

Es gibt noch starke feudalistische und religiöse Strömungen, doch 70% der Bevölkerung hat ein gutes Verhältnis zu unserer Partei?

Vor kurzem wurde Vedat Aydin, der Vorsitzende ihrer Partei, verschleppt, gefoltert und ermordet. Was ist für Sie der politische Hintergrund für diese Tat?

Sie wurde von politischen Sondereinsatzkommandos verübt, die wir Konter-Guerillas nennen. Diese Todesschwadronen wurden teilweise von den Bergen, wo der bewaffnete Kampf geführt wird, in die Städte abkommandiert. Hauptangriffsziel dieser Einheiten sind die bekanntesten und aktivsten Mitglieder der Oppositionskräfte.

In der Geschichte des kurdischen Widerstandes gab es bislang nur feudalistisch oder religiös geprägte Rebellionen. Derzeit findet zum ersten Mal eine demokratische und soziale Organisation, ein demokratischer und sozialer Aufstand statt, der annähernd das gesamte kurdische Volk in der Türkei umfaßt. Um dies zu verhindern, bzw. zu revidieren, läßt der türkische Staat Führer der Oppositionsparteien ermorden. Bisherige Rebellionen waren dann zu Ende, wenn Ihre Führer ermordet waren. Doch der Trauer- und Protestzug bei Vedat Aydins Beisetzung hat gezeigt, daß diese Zeiten vorbei



Foto: Pan-Foto/Günter Zint

sind. Wenn sie einen unserer Vorkämpfer ermorden, wird der Aufstand dadurch nur gestärkt.

Hätte der türkische Staat gewußt, das ca. Hunderttausend Menschen auf die Beerdigung von Vedat Aydin kommen – er hätte es nicht gewagt, ihn umzubringen.

Aber der türkische Staat, bzw. dessen Sondereinsatzkommandos haben sehr wohl gewagt, ein Blutbad unter den TrauerdemonstrantInnen anzurichten.

Wenn ein Staat sich nicht einmal an die Gesetze hält, die er selbst erlassen hat, dann ist dieser Staat am Ende; er schlägt panisch um sich. Auch die Sicherheitskräfte des Staates in Diyarbakir gerieten in helle Panik, als sie die ca. Hunderttausend DemonstrantInnen in und vor der Stadt sahen. Das war der Grund, weshalb sie in die Menge schossen. Zwar geriet dann auch der Trauerzug in Panik, aber nicht als die ersten Schüsse vor der Beerdigungszereimonie fielen. Erst nach der Beisetzung Vedat Aydins, als der Zug

zurücklief, entstand eine Massenhysterie. Die Sicherheitskräfte setzten nämlich Tränengasbomben ein und fast alle Menschen dachten, es handle sich um Giftgas. Die Ereignisse in Halabja 1988 sind bei unserer Bevölkerung noch stark präsent.

Ist es denn in türkisch-Kurdistan ungewöhnlich, daß Tränengasgranate eingesetzt werden?

Ja, das war das erste Mal.

Sie halten das Massaker in Diyarbakir am 10.7. für eine Panikreaktion des Staates. Wird sich also Vergleichbares nicht wiederholen?

Nein, den Repressionsorganen wurde vor Augen geführt, daß dieses Vorgehen überhaupt nichts bringt, daß sich das kurdische Volk nicht einschüchtern läßt. Nicht ohne Grund fand seit dem Tod Vedat Aydins am 4.7. kein Mordanschlag der Counter-Guerilla gegen Exponenten der Opposition mehr statt.

Haben sich eigentlich die anderen türkischen Oppositionsparteien zum Mordan Vedat Aydingeäußert?

In Bezug auf Kurdistan gibt es keine Unterschiede zwischen der

Regierung und der Opposition. Wir konnten keinerlei Reaktion feststellen.

Und wie verhielten sich die Regierungen der westeuropäischen Länder, also die Nato-Partner der Türkei oder die Mitgliedsländer der EG, der die türkische Regierung bekanntlich sehnlichst beitreten will?

Nach dem, was uns bekannt ist, wurde keinerlei Druck auf die türkische Regierung ausgeübt, etwa die Vorfälle zu untersuchen oder die Verantwortlichen zu bestrafen. Die europäischen Länder scheren sich einen Dreck um die Menschenrechte in Kurdistan. Wenn es um Robbenbabies, Wale oder andere bedrohte Tierarten geht, werden diese Regierungen aktiv, wenn es um kurdische Menschen geht, rühren sie keinen Finger.

Was sind eigentlich Ihre Erwartungen oder Forderungen in Bezug auf die BRD?

In der BRD werden PKK-Mitglieder eingesperrt, deshalb erwarte ich vom bundesrepublikanischen Staat überhaupt nichts. Was aber die Bevölkerung anbelangt, da hoffen wir natürlich auf Solidarität und Unterstützung.

Sie erwähnten eben die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Wie schätzen Sie eigentlich die Effektivität des Guerilla-Kampfes ein?

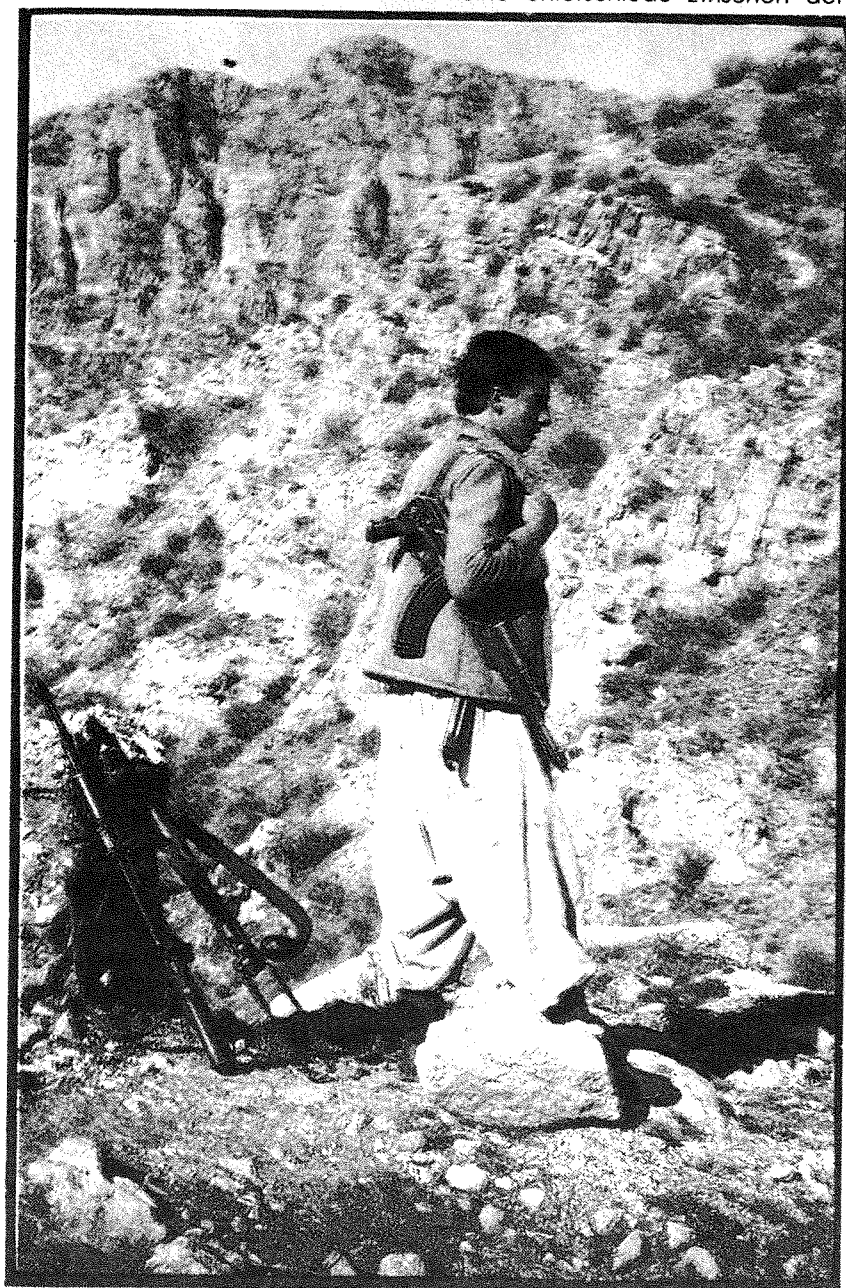
Hierzu kann ich nur meine persönliche Meinung sagen, aber nicht im Namen meiner Partei sprechen: Natürlich gefällt es uns nicht, Gewalt anzuwenden und Leute zu töten. Aber uns wurden alle demokratischen Einwirkungsmöglichkeiten genommen. Sie beschießen unsere Demonstrationen, machen ganze Dörfer den Erdboden gleich und foltern uns bei Verhören. Es gibt für uns keine Möglichkeit, demokratisch zu kämpfen. Der bewaffnete Kampf ist der einzig Weh zur Befreiung und der Guerillakampf in den ländlichen und Bergregionen macht gute Fortschritte, denn die Bevölkerung steht so gut wie geschlossen hinter der Peschmergas.

Im September soll in Silopi eine schnelle Eingreiftruppe stationiert werden, mit Soldaten aus verschiedenen westlichen Ländern, vor allem den USA. Diese Truppen sollen die KurdInnen im Irak schützen. Glauben sie das auch?

Wir trauen zwar der westeuropäischen Bevölkerung, aber nicht den Regierungen. Vor wenigen Wochen wurde bereits ein UN-Hubschrauber zur Guerilla-Bekämpfung eingesetzt und tötete einige Peschmergas. Wir befürchten somit das Schlimmste.

Interview:

Kiki Schmidt, Peter Zinke



TOURISMUSBOYKOTT

Macht keinen Urlaub in der Türkei!

Interview mit Hatip Dicle, Vorsitzender der Menschenrechtsverein in Diyarbakir

Frage: Seit wann existiert die Menschenrechtsverein in Diyarbakir und wer arbeitet mit?

Hatip Dicle: Der Menschenrechtsverein in Diyarbakir wurde 1988 gegründet. Wir haben gegenwärtig rund 500 Mitglieder – ÄrztInnen, IngenieurInnen, AnwältInnen, Klein-UnternehmerInnen, BuchhalterInnen, Hausfrauen und etwa 200 ArbeiterInnen.

Kurz gesagt: Die Gebildetsten und Sensibelsten sind in Diyarbakir unsere Mitglieder.

Um wieviele Menschen können Sie sich kümmern?

Wir haben mit fünf Kommissionen gearbeitet. Ich sage, "wir haben gearbeitet", weil unser Büro vor etwa einem Monat zerborst worden ist. Deshalb ist unsere Arbeit im Moment gestoppt. Aber vorher haben wir mit fünf Kommissionen gearbeitet.

Die erste Kommission heißt: **Kommission zur Beobachtung von Menschenrechtsverletzungen.**

Wann immer Menschenrechte verletzt werden, nicht nur in Diyarbakir, sondern in der gesamten Region, gehen die MitarbeiterInnen vor Ort, sammeln Informationen, schreiben einen Bericht und informieren sowohl die nationalen wie auch internationale Gremien.

Wir haben enge Verbindungen zu amnesty international und dem Europäischen Rat.

Die zweite ist die **Flüchtlingskommission.** Sie kümmert sich um die Flüchtlinge aus dem Irak. Wir gehen in die Camps, informieren uns über die Probleme und versuchen, sie nach unseren Möglichkeiten zu lösen.

Die Dritte Kommission ist die **Gefängnis-Kommission.** Sie ist besetzt mit ehemaligen Gefangenen, mit Familienangehörigen Gefangener und mit AnwältInnen. Diese Leute gehen in die Gefängnisse, fragen die Gefangenen nach ihren Problemen – z.B. gesundheitlicher oder finanzieller Art. Dann geben sie wieder einen Bericht an die nationalen und internationalen Gremien und versuchen, den Gefangenen zu helfen.

Die vierte ist die **Rechtskommission.** Dort arbeiten nur AnwältInnen. Sie verfolgen alle neue-festgelegten Gesetze, wie z.B. das Anti-Terror-Gesetz. Sie untersuchen, ob die Gesetze der Verfassung und internationalen Standards entsprechen. Verstoßen sie dagegen, berichten die AnwältInnen an die nationalen und internationalen Gremien.

Unsere fünfte Kommission ist die **Frauenkommission.** Dort arbeiten nur unsere Freundinnen. Ihre Arbeit ist nötig, weil Frauen in unserer Gegend sexuell ausgebeutet und wegen ihrer nationalen und Klas-

senzugehörigkeit unterdrückt werden.

Unsere Mitarbeiterinnen versuchen, Lösungen zu finden. Sie diskutieren und sind mit den anderen Frauen zusammen, um ihnen, so gut wie sie können, zu helfen.

Welche Art der Unterstützung erhalten Sie von nationalen Gremien, speziell den Oppositionsparteien? Und welche Art der Unterstützung aus dem Ausland.

Was die nationalen Oppositionsparteien angeht: Wir haben sehr enge Verbindungen zu ihnen. Zu den Regierenden da oben haben jedoch keinen Kontakt. Nicht, weil wir das nicht wollten, sondern, weil sie es nicht wollen. Weil wir stets die Menschenrechtsverletzungen in allen Teilen des Landes verfolgen, mag uns die Regierungspartei nicht besonders.

Mit den Oppositionsparteien geben wir manchmal gemeinsame Presseerklärungen heraus. Wir besuchen manchmal gemeinsam Menschen und Orte, an denen Menschenrechtsverletzungen stattgefunden haben und forschen nach. Aber wir erhalten in keiner Form finanzielle Unterstützung von den Oppositionsparteien.

(...)

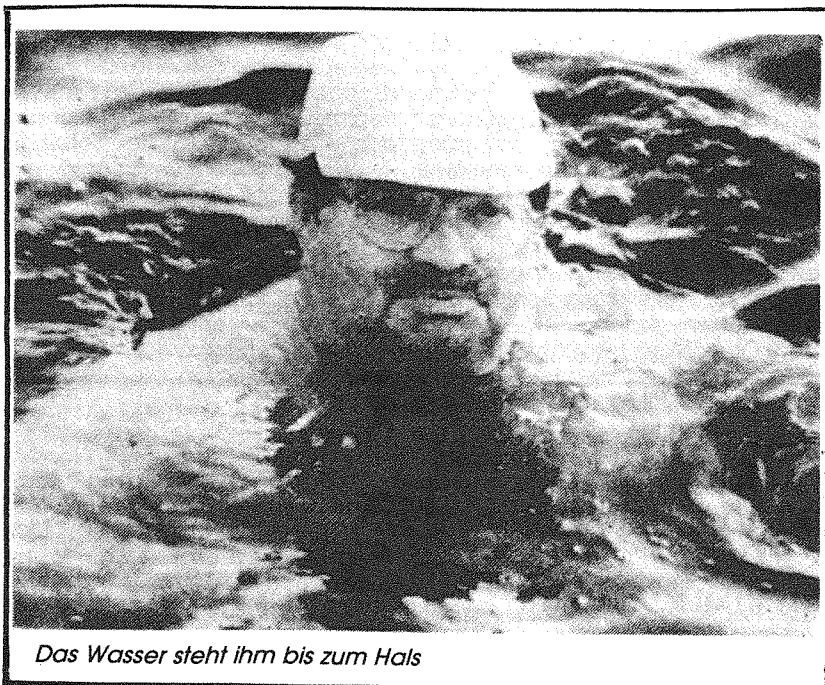
Wie müßten sich die Regierenden im Ausland gegenüber den Regierenden in der Türkei verhalten, um die Menschenrechtsverletzungen beenden zu lassen?

Im August 1990, als die Golfkrise gerade begonnen hatte, haben die Regierenden in der Türkei beim Europäischen Rat erklärt, daß sie die Menschenrechte im Süd-Osten der Türkei für nichtig erklärt haben. Der Europäische Rat hat nicht reagiert, sondern geschwiegen.

Deshalb wurden zwischen August und November 1990 allein in der Botan-Region 300 Dörfer evakuiert und niedergebrannt, so daß jetzt niemand dort leben kann. Vielen unserer Leute wurde Leid zugefügt, dadurch, daß hier die Menschenrechten nicht gelten.

Alle Regierenden in Europa und der Europäische Rat haben das unterstützt, weil sie geschwiegen und nicht rechtzeitig gehandelt haben. Im Nebel des Golfkrieges sind ihnen die Probleme in unserer Region vielleicht zweit- oder drittrangig erschienen, obwohl auch hier Menschen gestorben sind.

Am 17. Juli 1991 hat sich eine Gruppe von Europa-ParlamentarierInnen in Istanbul getroffen. 18



Das Wasser steht ihm bis zum Hals



Begräbnis von 5 verunglückten Teilnehmern der Beerdigung von Vedat Aydın aus Adana, die auf dem Weg nach Diyarbakir in der Folge eines Verkehrsunfalls starben.

Europa-ParlamentarierInnen sind auch hierher in die Region gekommen. Leider haben sie nicht einmal Kontakt mit uns aufgenommen. Sie haben es vorgezogen, nur die offiziellen Stellen zu kontaktieren.

Die Wahrheit haben sie nicht erfahren, nichts über die Probleme der Leute hier. Und dann sind sie zurückgegangen.

Wir protestieren dagegen. Sie hätten kommen und auch mit uns, mit den nicht-staatlichen Institutionen reden sollen.

Was wir von den Menschen in Europa und den Europa-ParlamentarierInnen erwarten ist dies: Kommen Sie mit Delegationen hierher. Sprechen Sie nicht nur mit uns, sondern auch mit den anderen Menschen hier und hören Sie die Berichte über die Menschenrechtsverletzungen. Wenn Sie in Ihre Staaten zurückkehren, sprechen Sie darüber, schreiben Sie darüber, erzählen Sie allen davon. Geben Sie uns die nötige Aufmerksamkeit.

Die türkische Regierung war eine der ersten, die die Anti-Folter-Konvention unterschrieben hat. Aber wir alle wissen, daß in der Türkei systematisch gefoltert wird. Nicht nur wir sagen das, sondern das steht auch im jüngsten Bericht von amnesty international. Selbst eine Regierungssprecherin hat erst vor einer Woche gesagt: "Niemand kann behaupten, daß es keine Folter in der Türkei gibt." Deshalb sollte diese heuchlerische Anbiederung der Türkei in der ganzen Welt entlarvt und öffentlich gemacht werden.

Und zum zweiten: Die türkische Regierung beschwert sich immer, daß die Regierenden in Bulgarien und Griechenland die türkischen Minderheiten in ihren Staaten nicht gut behandeln. Was aber ist mit den 20 Millionen KurdInnen, die in der Türkei leben? Werden sie nicht auch

sehr gewaltsam und bösartig behandelt.

Die türkische Regierung sagt auch beim Anti-Terror-Gesetz wieder: "Wir haben die Unterdrückung Andersdenkender beendet." Aber gerade das Gegenteil ist richtig: Jetzt werden selbst die VerteidigerInnen der Menschenrechte zu TerroristInnen erklärt. Dieses Anti-Terror-Gesetz hat den Weg dazu bereitet, daß die Regierung jeden zu einem Terroristen erklären kann.

Deshalb muß diese Heuchelei der türkischen Regierung in ganz Europa und in der ganzen Welt öffentlich gemacht werden.

Jede Delegation, die hierher kommt, fragt uns dasselbe: "Was wollen die KurdInnen?" Wir geben ihnen fünf Antworten.

1. Die KurdInnen wollen, daß die türkische Regierung ihre nationale Identität offiziell anerkennt.

2. Unsere Sprache, unsere Kultur und unsere Geschichte werden unterdrückt. Wir wollen, daß die Unterdrückung beendet wird. Wir dürfen unseren Kindern keine kurdischen Namen geben, wir dürfen nicht auf kurdisch schreiben, wir dürfen nicht auf kurdisch singen. Wir wollen, daß alle diese Sanktionen aufgehoben werden.

3. Obwohl wir hier Rohstoffe haben, wie Öl und Elektrizität, leben unsere Leute in Armut. Wir wollen,

daß auch das geändert wird.

4. KurdInnen können nicht ohne Angst an politischen Veranstaltungen teilnehmen. Ihre politische Identität ist ebenfalls verboten. Was wir wollen ist, daß alle kurdischen Bewegungen auf einer demokratischen Basis frei zusammenarbeiten und sich frei an politischen Aktionen beteiligen können.

5. Wir wollen das Recht auf Selbstbestimmung. Die UNO- und viele europäischen Menschenrechtskonventionen erkennen an, daß jedes Volk das Recht hat, sein eigenes Schicksal zu bestimmen. Wir wollen, daß das Recht auf Selbstbestimmung anerkannt wird.

Gilt das auch für die anderen KurdInnen im Irak, im Iran, in Syrien, in der UdSSR?

Es war nicht der Wille der KurdInnen, der beschlossen hat, daß KurdInnen auf alle Länder verteilt werden sollen. Es waren die türkische Regierung, die britische, die französische und es war auch das iranische Regime, die diesen Beschluß gegen den Willen der KurdInnen erließen.

Wir nehmen für uns in Anspruch, zu sagen, daß die KurdInnen dieses Selbstbestimmungsrecht überall haben, ja.

Aber, wenn die Gesellschaft frei und demokratisch ist, dann entscheiden die Menschen. Sie müssen ihr Schicksal bestimmen. Und durch Referenda werden die Menschen entscheiden.

In all diesen Staaten?

Das ist natürlich ein langfristiges Ziel. Auf kurze Sicht gibt es in den anderen Staaten nicht die notwendigen Bedingungen dafür.

Die türkische Regierung ist den KurdInnen immer mit Gewalt begegnet. Zum Beispiel während dieser letzten Beerdigung, als die Leute einfach gegangen sind und Parolen

SPENDENAUF RUF VON

medico international

STICHWORT

KURDISTAN

Postgiro Köln 699-508 bzw. Frankfurter Sparkasse Konto 1 800 (BLZ 500 50 102)

gerufen haben, haben sie das Feuer auf die Menschen eröffnet. Wir erwarten von der türkischen Regierung auf kurze Sicht, daß sie ihre Politik ändert und friedlich mit den KurdInnen umgeht.

Benutzen hier in Diyarbakir die Menschen "konspirative" Methoden, um Informationen untereinander weiterzugeben?

Wir haben keine speziellen Methoden oder Vorsichtsmaßnahmen, weil wir Privatleute sind. Als wir begonnen haben, uns für die Menschenrechte einzusetzen und Vereinigungen aufzubauen, haben wir gewußt, daß das gefährlich sein würde. Ich zum Beispiel erhalte nach dem Tod von Vedat Aydin Drohungen. Wir alle wußten, daß wir zu jeder Zeit angegriffen und sogar getötet werden könnten, wie Vedat Aydin. Aber wir haben das Risiko akzeptiert. Und obwohl mir gedroht wurde, habe ich keine Leibwächter oder ähnliches, um mich zu schützen.

Warum protegieren die westlichen Regierungen die Türkei so stark?

Zwischenstaatliche Beziehungen hängen stark von ökonomischen und politischen Interessen ab. Die Menschenrechte stehen an letzter Stelle. Ich möchte ein Beispiel nennen: Helsinki Watch hat einmal gesagt: Wenn die türkische Regierung die Menschenrechtsverletzungen nicht beendet, sollte die US-Regierung ein Waffen-Embargo gegen die Türkei verhängen.

Genau während der Zeit, als diese Erklärung veröffentlicht wurde, war der US-Konsul zu Besuch in Diyarbakir. Ich habe ihm von diesem Vorschlag erzählt. Was er mir geantwortet hat, war:

Nun, die wirtschaftlichen und politischen Interessen der USA haben Vorrang vor allem. Unsere Interessen kommen an erster, die Menschenrechte an zweiter Stelle. Deshalb können wir Ihnen zu diesem Punkt keine Versprechungen geben.

Und so, denke ich, denkt auch Ihre Regierung über dieses Thema. Aber ich möchte hinzufügen, daß ich zwischen den Regierungen und den Menschen in Europa unterscheidet. Wir wissen und wir erleben, daß die europäische Öffentlichkeit auf unserer Seite steht. Sie unterstützt uns, sie ist solidarisch mit uns. Sie klageleicht nicht an.

Wie denken Sie über den Tourismus in die Türkei?

Vor zwei Monaten ist eine Kommission aus dem Europa-Parlament hierher gekommen, hat die gesamte Region besucht und hat umfassende Untersuchungen gemacht. Bei dieser Delegation waren auch Grüne und SozialdemokratInnen. Als sie in die BRD zurückgegangen waren, haben wir ihre Berichte auch hier

in unseren Zeitungen gelesen.

Sie haben geschrieben: Reisen Sie nicht in die Türkei, bevor nicht die KurdInnen demokratisch behandelt und die Menschenrechte respektiert werden. Reisen Sie nicht in die Türkei, damit die Tourismus-Branche dort zusammenbricht. Damit sie bestraft werden und die gemeinsame Reaktion der Menschen im westlichen Auslandspüren.

Wir betrachten dies als Zeichen der Solidarität.

**Interview:
Charlotte Öder/Hanno Kreß**

Freilassung von linken politischen
Gefangenen erreicht. Aber nun:

Freiheit für die kurdischen politischen Gefangenen

Die **"bedingte Freilassung"** von politischen Gefangenen in der Türkei begann mit Überlegungen von Staatspräsident Özal, die während des Krieges am Golf gemacht worden waren. Özal ist darauf bedacht, den **"demokratischen Charakter"** der Türkei herauszustellen und dazu gehört auch die Leerung der Gefängnisse. Um der Türkei einen guten Platz in der Neuen Weltordnung zu sichern, muß dem System auch ein demokratischer und glaubhafter Rahmen verschafft werden. Erste Schritte dazu sind das "Anti-Terror-Gesetz" (ATG) und das daran angehängte "Gesetz zur bedingten Freilassung".

Zunächst sollte das "Gesetz zur bedingten Freilassung" nur den Anschein einer Liberalisierung erwecken. Es sollte dazu dienen, ausgesprochen undemokratische Vorschriften des Stafvollzuges zu verschleiern. Aber es kam anders als erwartet. Aufgrund der Unterscheidung in der Behandlung von **"Rechten"** und **"Linken"** und der daraufhin in der Öffentlichkeit zunehmenden Proteste wurde mit dem neuen Gesetzmehrentwurf als verschleiert.

Die Freilassung von an mehreren Massakern beteiligten Faschisten und die zunächst nicht erfolgende Freilassung von mehr als Tausend RevolutionärInnen - die zum Teil

Türkei
Sonne für Urlauber-
Elend und Tod für Flüchtlinge
**TOURISMUSBOYKOTT
GEGEN
KURDENMORD!**
BUCHEN SIE IHRE URLAUBSREISE UM
UND FORDERN SIE ZUM BOYKOTT AUF!
Weitere Informationen:
Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach 2024, 3400 Göttingen

nicht einmal verurteilt waren - führte in der Türkei und international zu starken Protesten. Daran konnte auch die Freilassung von hunderten linken Gefangenen, die nicht nach Paragraph 146 (Versuch des bewaffneten Sturzes der verfassungsgemäßen Ordnung u.ä.) angeklagt waren oder aus Parteien wie der TIP und TKP kamen (Türkische Arbeiterpartei und Türkische Kommunistische Partei - nach 1980 in der Türkei verboten, schlossen sich 1987 zur Vereinigten Kommunistischen Partei, TBKP, zusammen, und sind neuerdings marktwirtschaftlich orientiert), nichts ändern. Alle nach dem früheren Paragraphen 146 angeklagten und verurteilten Revolutionäre/-innen blieben in Haft. Davon betroffen waren vor allem Gefangene aus Prozessen gegen Devrimci Yol, Devrimci Sol, TKP-ML und anderen revolutionären Organisationen. Die Proteste setzten sich fort, nachdem die sozialdemokratische SHP und die Militärgerichte des "12. September" das Thema vor das Verfassungsgericht brachten. Dort wurden die Ungerechtigkeiten dieses Gesetzes nicht einmal von seinen Urhebern verteidigt. Schließlich kamen doch noch die über 1000 Gefangenen, die nach dem Paragraphen 146 des Türkischen Strafgesetzbuches inhaftiert waren, in Folge der teilweisen

Abschaffung des Paragraphen 4 des neuen "Anti-Terror-Gesetzes" durch das Verfassungsgericht frei. Viele von ihnen waren mehr als 10 Jahre in den Gefängnissen. Dieses ist ein Ergebnis gegen die ANAP und alle reaktionären Vereinigungen im Staat!

Aufgrund der nicht stattgefundenen Korrektur des Paragraphen 125 (sogenannte Separatismusvergehen) beinhaltet das vom Verfassungsgericht gefällte Urteil trotzdem eine weitere Ungerechtigkeit gegen die angeklagten. Mit diesem Paragraphen wird im Moment in erster Linie gegen den kurdischen nationalen Befreiungskampf gezielt. Die Gefangenen, die der PKK und andere kurdische Organisationen zugerechnet werden, bleiben also in Haft. Ebenso viele andere KurdInnen, die verhaftet und angeklagt worden sind.

**Dazuer Vorsitzende
des Menschenrechtsvereins
Istanbul,
Rechtsanwalt Ercan Kanar:**

"Die Ungleichberechtigung ist nicht abgeschafft"

Das Urteil des Verfassungsgerichtes bezüglich des vorübergehenden Paragraphen 4 des 'Gesetzes zum Kampf gegen den Terrorismus' ist ein Produkt der beschränkten und furchtsamen Annäherung an den Begriff 'Ausführende Gesetzesvorschriften' und hat in dieser Form, von der gesellschaftlichen Realität ausgehend, zur Fortsetzung der existierenden Ungleichberechtigung in einem wichtigen Bereich geführt.

In den Anträgen der Militärgerichte wurde die Abschaffung der Punkte a) und b) des 1. Absatzes des vorübergehenden Paragraphen 4 gefordert. In diesen Punkten ist eine Unterscheidung der Paragraphen 146 und 125 nicht vorgesehen. Außerdem sind die Paragraphen 146 und 125 nicht das Gesetz, dessen Verfassungswidrigkeit diskutiert und dessen Abschaffung gefordert wird. Wäre es einer dieser Paragraphen, dessen Abschaffung gefordert wird, wäre die Diskussion um den anderen (Paragraph 4 des ATG; TI) nicht vorstellbar. Jedoch wird im konkreten Fall die Abschaffung der Punkte a) und b), Absatz 1 des vorübergehenden Paragraphen 4 des 'Ausführenden Gesetzes' gefordert. Die Paragraphen 146 und 125 werden zusammen durch die genannten Punkte behandelt. Den Begriff 'Ausführendes Gesetz' mit einer beschränkten Interpretation aufzufassen und die Punkte getrennt zu betrachten ist das Produkt eines mangelhaften, scheuen und beschränkten Verständnisses.

Folglich ist das Urteil in dieser Form dem gesellschaftlichen Bedürfnis nicht entgegengekommen, es hat die Ungleichberechtigung nicht abgeschafft und es hat dazu geführt, daß die durch die willkürliche und ungerechte Anwendung des Paragraphen 125 Verurteilten weiterhin ungerecht behandelt werden. Das heißt, die Kurden bleiben noch eine Weile im Kerker.

Rechtsanwalt Serhat Bucac:

"Das letzte Urteil ist eine Fortsetzung des doppelten Standards"

Der Staat, der bisher alle anderen des Separatismus beschuldigte, hat durch die Nichteinbeziehung des Paragraphen 125 des Türkischen Strafgesetzbuches im 'Gesetz zur bedingten Freilassung' dafür gesorgt, daß die kurdischen politischen Gefangenen weiterhin in Haft bleiben. Diese Haltung des doppelten Stan-



PRESSEERKLÄRUNG

Stellungnahme bezüglich der Angriffe und Besetzungen auf türkische Einrichtungen

In den letzten Tagen haben in verschiedenen Städten Deutschlands (Dortmund, Bielefeld, Stuttgart, etc.) einige Aktionen gegen türkische Einrichtungen (Konsulate, Banken, usw.) stattgefunden. Wie schon oft hat die türkische Presse auch diesmal die Aktionen den Kurden oder unserer Befreiungsfront in die Schuhe geschoben und es in eine Verschleierungs-Kampagne verwandelt. Gleichzeitig hat die türkische Presse und die türkische Lobby in Deutschland auch eine Kampagne gegen die Haltung des deutschen Außenministeriums, das die Angriffe der türkischen Streitkräfte auf Südkurdistan (Nordirak) verurteilt hat, begonnen. Bei dieser Kampagne hat sie die oben genannten Aktionen als Mittel benutzt.

Wir erklären, daß die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) und die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nichts mit solchen gewalttätigen Aktionen zu tun hat, und daß sie vom türkischen Geheimdienst geplant worden sein könnten. Unsere Befreiungsfront nimmt ihre Aktionen und Kundgebungen in der Bundesrepublik Deutschland sehr ernst und bemüht sich auf dieser Grundlage, die Öffentlichkeit auf die Entwicklungen in Kurdistan aufmerksam zu machen.

Ferner möchten wir die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, die be-

sonders in den letzten Wochen zugenommen hat, auf die Drohungen und Angriffe der türkischen Regierung gegen die Kurden im Ausland (Naher Osten und Europa) lenken. Staatspräsident Özal hatte bei einer Rede, die er am 24. Juli 1991 in Diyarbakir gehalten hat, warnend gesagt, daß sie "die Separatisten (hier sind die Kurden gemeint) auch im Ausland verfolgen und vernichten" würden. Zwei Wochen nach dieser Erklärung, am 5. August, hat die türkische Armee mit 40.000 Soldaten Südkurdistan (Nordirak) angegriffen.

Das letzte Urteil ist eine Fortsetzung der doppelstandartmäßigen Praxis. Diese Ungerechtigkeit werden wir bis zum Europarat vorbringen. Denn nach der Trennung in 'Rechte' und 'Linke' wird nun die Trennung in 'Türke' und 'Kurde' gemacht. (...)"

(Die Zitate der beiden Anwälte haben wir aus der monatlichen Zeitschrift DEMOKRAT vom August 1991 übernommen; TI)

sonders in den letzten Wochen zugenommen hat, auf die Drohungen und Angriffe der türkischen Regierung gegen die Kurden im Ausland (Naher Osten und Europa) lenken. Staatspräsident Özal hatte bei einer Rede, die er am 24. Juli 1991 in Diyarbakir gehalten hat, warnend gesagt, daß sie "die Separatisten (hier sind die Kurden gemeint) auch im Ausland verfolgen und vernichten" würden. Zwei Wochen nach dieser Erklärung, am 5. August, hat die türkische Armee mit 40.000 Soldaten Südkurdistan (Nordirak) angegriffen.

Anhaltspunkte für mögliche Angriffe hat es in ganz Europa, insbesondere aber auch in Deutschland gegeben. Mit dem Signal von Özal haben sie sich bewahrheitet. Die türkische Presse in Deutschland und die türkische Radiosendung des WDR/Köln setzen dies mit Hetzkampagnen fort. Die der türkischen Vertretung nahestehenden türkischen Einrichtungen und Lobbyisten verstärken durch Flugblätter die diskriminierende und feindliche Haltung gegenüber den Kurden. In diesem Zusammenhang ist am 13. August der Wagen eines kurdischen Patrioten aus Koblenz von Leuten aus diesem Kreis beschädigt worden. Auf eine Anzeige derselben Leute hin, die den Wagen beschädigt haben, sind zwei Kurden festgenommen worden.

Wir rufen die Öffentlichkeit dazu auf, bei solchen Angriffen vorsichtig zusehen und diese zu verurteilen.

**ERNK (Nationale Befreiungsfront
Kurdistans)
Europavertretung
14. August 1991**

Prozesse gegen Beerdigungsteilnehmer eröffnet

von *medico international* vom 30.8.91

Am 29. August begann der Massenprozeß gegen 328 Teilnehmer an der Trauerfeier anläßlich der Ermordung des Vorsitzenden der HEP für die Provinz Diyarbakir.

Mehr als die Hälfte des kleinen Gerichtsraumes war angefüllt mit den 53 inhaftierten Angeklagten. Den Rest teilten sich das 3-köpfige Gericht, der Staatsanwalt, die 35 Anwälte, etwa 10 Journalisten und einige Beobachter.

Das Gericht hatte von Anfang an den Zugang für alle anderen (nicht inhaftierten) Angeklagten untersagt. Als "Gegenleistung" wurde nach einer halben Stunde beschlossen, daß 2 Zivilpolizisten ebenfalls den Raum verlassen mußten.

Mehrere der nunmehr seit 7 Wochen inhaftierten Angeklagten gaben an, daß sie sich zufällig an dem Ort des Geschehens aufgehalten hätten. Die große Mehrheit aber bekannte sich zur Beteiligung an der Trauerfeier vom 10. Juli dieses Jahres, die mit 50.000 Teilnehmern zu einer Massendemonstration geworden war. Alle wiesen jedoch den Vorwurf zurück, daß sie Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet und aufrührerische Parolen wie "Kurdistan wird zum Grab der Türken" gerufen hätten.

Mehrere der Angeklagten wiesen auch auf die Tatsache hin, daß sie während ihrer 6-tägigen Polizeihaft unter verschiedenen Foltermethoden zu Geständnissen gezwungen wurden, die dann als Grundlage für die Anklage dienten. Die Anwälte und einzelne Angeklagte machten den Versuch, die eigentlich Verantwortlichen für die Schießereien und die blindwütige Prügel auf die Trauergäste vor Gericht zuzitieren.

Nach mehr als 7 Wochen gibt es immer noch keine Spur von Vedat Aydins Mördern, die in den Reihen der Sicherheitskräfte vermutet werden. Auch wurden bislang keinerlei erfolgreiche Ermittlungen dahingehend angestellt, wer den Schießbefehl auf die Menschenmenge gegeben hat, aus deren Reihen einige Jugendliche Steine auf die lokale Polizeiwache geworfen haben sollen.

In beiden Fällen werden die Täter in einer Einheit mit Sondervollmach-

ten aus der "Sonderkriegsabteilung", der sogenannten "Konterguerilla" vermutet. Gesetzesübertretungen aus diesem Lager sind auch in der Vergangenheit stets im Dunkeln geblieben.

Nach mehr als 6-stündiger Verhandlung verurteilten die Richter die Sitzung auf Dienstag, den 3.9.91.

Da die Vernehmung von 12 Angeklagten nicht zu Ende geführt werden konnte, wurde auch die Entscheidung über Haftentlassungen auf Dienstag verlagert.



Vedat Aydın

UNTERSTÜTZT DIE HERAUSGABE DER TÜRKEI INFORMATION

*Liebe LeserInnen der Türkei Information,
Türkei Interessierte und UnterstützerInnen
der Türkei - Kurdistan Solidarität!*

Die Türkei Information wird seit mehr als 11 Jahren (mit größeren Zwischenräumen) herausgegeben. Seit ca. 2 Jahren haben wir eine kontinuierlich arbeitende Redaktion, die es ermöglicht hat, die Zeitung regelmäßig alle 2 Monate herauszubringen, möglichs aktuelle Informationen und Einschätzungen zu vermitteln und so eine Grundlage für die Solidaritätsarbeit mit den Völkern der Türkei und Kurdistans zu schaffen und neu zu initiieren.

Um die Zeitung noch besser zu machen, haben wir ihr ein neues Gesicht gegeben und sie im Din A 4 Format herausgebracht. Da bisher die Kosten sowieso nur knapp gedeckt wurden und die Herstellungskosten des neuen Formats wesentlich teurer wurden, bitten wir unsere - mehr oder weniger - regelmäßigen LeserInnen oder auch sonstige UnterstützerInnen und Interessierte, die Zeitung zu abonnieren. Mit vielen Abos sind Auflagenzahl und damit die Kosten besser zu kalkulieren. Auch mit einer Spende auf unser Konto könnt ihr helfen, die Türkei Information noch besser zu machen.

Das Projekt einer Gesundheitsstation in Cizre

Auf Anregung von medico international wurde in Freiburg eine Initiative für eine Städtefreundschaft mit der kurdischen Stadt Cizre gegründet.

Es geht der Initiative bei diesem Projekt einer Städtefreundschaft, gerade mit einer kurdischen Stadt, nicht nur um eine humanitäre Hilfskampagne. Es ist ein politisches Projekt mit dem Ziel durch städtepartnerschaftliche Zusammenarbeit die Unterstützung von Strukturen kommunaler Selbsthilfe in einer politisch und ökonomisch unterdrückten Region zu erreichen. Deshalb ist es der Initiative wichtig die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe in der gesamten Region und speziell zu Cizre aufzuzeigen.

Als erstes konkretes Objekt dieser Städtefreundschaft ist die Einrichtung einer Gesundheitsstation im Rathaus von Cizre geplant.

Aufgrund der wirtschaftlichen Situation sind viele Menschen in Cizre überhaupt nicht krankenversichert. In der gesetzlichen Krankenversicherung sind nur ArbeiterInnen, Angestellte und ihre Angehörigen, während Händler eine Art privater Krankenversicherung haben. Seit dem Handelsembargo gegen den Irak konnten immer weniger Händler ihre Versicherungsbeiträge bezahlen. Sie, sowie ihre Angehörigen (was in Cizre die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht), müßten also medizinische Behandlungen selbst bezahlen, was kaum möglich ist. Noch schlimmer geht es den zahlreichen Opfern der Vertreibungspolitik des türkischen Staates, die aus ihren Dörfern nach Cizre fliehen mußten. Da sie, wenn überhaupt, nur als Tagelöhner arbeiten können, ist ihnen so gut wie jeder Zugang zu medizinischer Versorgung versperrt.

Es gibt zwar ein staatliches Krankenhaus in Cizre, das seit dem Krieg recht gut ausgerüstet ist. Dieses muß aber kostendeckend arbeiten, verlangt also Geld für die Behandlung.

Dazu gibt es infrastrukturell bedingte Gesundheitsprobleme, z.B. durch die völlig unzureichende Trinkwasserversorgung. Wegen mangelhaften Wasserrohren, statt Metall- wurden Asbestrohre geliefert, kann die Trinkwasserversorgung nicht aus den Bergen erfolgen. So wird das Wasser dem Fluß Tigris

entnommen - in den auch die Abwässer der Stadt fließen. Diejenigen Haushalte, die überhaupt nicht an das Trinkwassernetz angeschlossen sind, müssen ihr Wasser in Gefäßen aus nahegelegenen Brunnen holen, in denen sich auch Krankheitserreger befinden.

Eine Gesundheitsgefährdung geht ebenfalls von den nicht asphaltierten Straßen aus, wo sich bei Regen Schlammflöcher bilden, die bei großer Sommerhitze Krankheitserreger bilden. Das kann zu Krankheiten wie Typhus, Cholera, Malaria, etc. führen.

Die momentane Planung der Gesundheitsstation sieht für das erste vor, einen Arzt und eine Kran-

kenpflegerin, aus Cizre, zu beschäftigen. Der Tätigkeitsbereich wird Behandlungen akuter Fälle und Verteilung von Medikamenten umfassen. Später sind eventuell Unternehmen wie Impfkampagnen möglich.

Wichtig für die Freiburger Initiative und auch für medico ist, daß das Projekt weitgehend von Cizre aus getragen wird. Ärzte und Personal sollte aus der Region stammen, Medikamente und Geräte sollten dort eingekauft werden. Das ist von den finanziellen Mitteln her effektiver und zum anderen ist so die Gefahr geringer, daß über Hilfe neue Abhängigkeiten entstehen.

SPENDENKONTO:

Stadtparkasse Freiburg
Konto-Nr. 124 96 06
BLZ: 680 900 00
bei der Volksbank Freiburg;
mit dem Vermerk: Durchlaufspende
zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V.
- Stichwort: Cizre Projekt

Ein neues Herz für Ishak Yavuz

In der letzten Ausgabe der TÜRKIE-INFORMATION haben wir einen Spendenaufruf veröffentlicht, der mithilfe sollte die Kosten für die Herztransplantation für Ishak Yavuz aufzubringen. Bevor operiert wurde, mußten Kosten von ca. 200.000 DM abgesichert sein. Am 13.08.91 wurde ihm jetzt im Berliner Virchow-Krankenhaus ein neues Herz eingepflanzt. Die Operation verlief erfolgreich.

"(...) Daß diese Transplantation überhaupt durchgeführt werden konnte hat Ishak Yavuz zahlreichen Menschen in der Türkei und in Westeuropa zu verdanken, die für ihn Geld gespendet haben. (...)

Der Löwenanteil dieser Spenden kam aus der Türkei. Über 100.000 DM wurden dort gesammelt, z.B. bei Veranstaltungen und Konzerten. Eines der Konzerte, das im Istanbul-er Stadtteil Kardiköy vom dortigen Volkshaus organisiert wurde, brachte etwa 10.000 DM an Spenden ein. Ein weiteres fand am 16.07.91 in Borlanci, einem Stadtteil von Istanbul, statt. Es traten bekannte Künstler und Gruppen wie Edip Akbayram und Ezginin Günlügü auf, die mitbewirkten, daß umgerechnet 20.000 DM zusammenflossen. Aber am meisten freut sich die Initiative Yavuz über die vielen Spenden einzelner Menschen in der



Türkei, die von ihrem für bundesdeutsche Verhältnisse mageren Lohn so manche Türkische Lira abgezwickelt haben um zu helfen.

(...) Die Initiative Yavuz selbst wird auch nach Beendigung dieser Hilfsaktion weiterhin aktiv bleiben. Ihr nächstes Ziel ist, sich um finanzielle Mittel zu kümmern, um den Aufbau von Kliniken für Folteropfer in der Türkei voranzutreiben. Diese Idee entstand bei der intensiven Auseinandersetzung mit Ishaks Biographie, der selbst Opfer des Militärregimes in der Türkei geworden war. Viele Menschen in der Türkei haben diese schwere Verletzung ihrer persönlichen Integrität nicht alleine überwinden können und warten noch auf kompetente Hilfe."

Elisabeth Artner
(Initiative Yavuz)

SPENDENKONTO:

Konto.-Nr. 471 500-606
Postgiroamt Frankfurt
BLZ 500 100 60
Stichwort: Yavuz

Europaschließt die Pforten

DIE ZWEISEITEN DER FREIZÜGIGKEIT

Aus bundesdeutscher Sicht ist alles im Butter: die Personenkontrollen in (West-) Europa fallen weg und, was die Hauptsache ist, im Auto kann man in Zukunft schneller die Grenzen passieren. Ähnliches gilt für den Waren- und Güterverkehr.

Als "Sicherheits-Ausgleich", so der offizielle Sprachgebrauch, sieht das Abkommen den Aufbau eines gemeinsamen Daten- und Informationssystems der Polizei vor. Schließlich soll ja bei der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes (1992) auf die polizeiliche Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität nicht verzichtet werden.

So oder ähnlich euphorisch stand und steht es in bundesdeutschen Zeitungen seit Unterzeichnung des Schengener Vertragswerkes vom 19.6.1990 zu lesen. Was aber hat es damit auf sich? Vor allem: Was verbirgt sich hinter den diplomatisch und harmlos klingenden Formulierungen wie Sicherheits-Ausgleich, Sicherheitskontrollsystem, Datenschutz, keine Personenkontrollen, Daten- und Informationssystem der Polizei...? Für wen fallen die Kontrollen weg, für wen werden polizeiliche Informationssysteme aufgebaut? Wer wird damit kontrolliert?

VON DER WEINBAUIDYLLE ZUR HOHENEG-POLITIK

Schengen, knapp 500 Einwohner, wenige Kilometer von dem französischen AKW Cattenom entfernt, liegt vollkommen unverdächtig im Weinbaugebiet an der Mosel im Dreiländereck BRD, Luxemburg, Frankreich: Dieses luxemburgische Grenzdröflein stand 1985 mit seinem Namen Pate für das Schengener-Vertragswerk bzw. die Schengen-Gruppe.

Zusammen mit den Benelux-Staaten haben Frankreich und die BRD bereits 1985 das Schengener Übereinkommen unterzeichnet (Im Dezember 1990 trat Italien dem Abkommen bei). Ziel war es, die Hindernisse, die einer vollständigen Freizügigkeit zwischen den Staaten der europäischen Gemeinschaft entgegenstanden zu beseitigen. Im Hinblick auf die Öffnung der Binnengrenzen bildeten die unterschiedlichen nationalen Regelungen für Flüchtlinge und ImmigrantInnen ein Hindernis.

Es boten sich zwei Möglichkeiten an:

Die eine bestand darin, die verschiedenen Rechtssysteme in den



Französische Polizisten schieben mit Gewalt um Asyl suchende Frauen aus Sri Lanka ab. Massenhafte Abschiebungen von Flüchtlingen stehen nicht nur auf der Tagesordnung der BRD, sondern aller europäischen Staaten. Abschiebungen sind die erste Maßnahme europäischer Staaten, ihre "Asyl- und Ausländerpolitik" auf niedrigstem Niveau zu "harmonisieren."

EG-Ländern einander anzugleichen oder, und dafür hat man sich entschieden, ein de facto übergeordnetes Rechtssystem zu schaffen, das formal die nationalen Regelungen nicht außer Kraft setzt. So heißt es in Art 32 des Vertrages: "Die Behandlung des Asylbegehrens richtet sich nach dem nationalen Recht des zuständigen Vertragspartners". Damit hatte man sich eine jahrelange juristische Feinabstimmung der nationalen Gesetzestexte im Detail erspart. Stattdessen versucht man von Seiten der Regierungen das sog. Flüchtlings- und ImmigrantInnenproblem politisch-dirigistisch in den Griff zu bekommen.

PHASE 1: ABSCHOTTUNG IST TRUMPF

Getragen von dem Grundsatz - je weniger Flüchtlinge und ImmigrantInnen, um so weniger Probleme habe ich mit ihnen - werden Vereinbarungen über Außenkontrollen und eine koordinierte Visapolitik getroffen. Fluggesellschaften, die gegen diese Auflagen verstoßen und Flüchtlinge ohne Visa transportieren, werden empfindliche Geldstrafen bis hin zur Verweigerung der Landeerlaubnis angedroht.

Während die Binnengrenzen "an

jeder Stelle ohne Personenkontrollen überschritten werden dürfen" (Art.2 (1), verpflichten sich die Vertragsparteien "das unbefugte Überschreiten der Außengrenzen ... mit Sanktionen zu belegen." (Art.2)

"Drittausländer", so heißen in diesem Vertragswerk Menschen aus Ländern außerhalb der EG, dürfen nur in Besitz eines gültigen Sichtvermerks und sofern sie keine Gefahr für die öffentliche Ordnung und die nationale Sicherheit darstellen, einreisen. (Art.5 - b,c) Ist es nun Zufall oder, was naheliegender scheint, die gleiche Gesinnung, wenn im "neuen" AusländerInnen-gesetz der BRD für alle AusländerInnen die Sichtvermerkspflicht festgeschrieben wird und eine Zurückweisung bereits an der Grenze erlaubt ist, wenn die Interessen der BRD beeinträchtigt sind (§6 dieses Gesetzes). Und ob nun jemand die Interessen der BRD gefährdet, erfährt die betreffende Person gleich bei der bundesdeutschen Auslandsvertretung. Sie stellt die Visa aus. Wenn sie ablehnt, ist der Beschluß unanfechtbar. Sie braucht eine Ablehnung nicht einmal zu begründen (§66).

Es scheint bestenfalls noch eine Randnotiz wert zu sein, daß der Visumszwang gegen die Genfer Flüchtlingskonvention (Art.31) ver-

stößt. Dort wird eine Benachteiligung von Flüchtlingen, wenn sie ohne Erlaubnis des Zufluchtstaates einreisen, untersagt.

Auf Transportgesellschaften haben die Vertragsparteien der Schengen-Gruppe ein besonderes Auge geworfen. Sie verpflichten sich "Sanktionen gegen Beförderungsunternehmer einzuführen, die Dritt-ausländer, welche nicht über die erforderlichen Reisedokumente verfügen, ... aus einem Drittstaat in ihr Hoheitsgebiet verbringen" auszusprechen (Art. 16 (2)). Hier werden Fluggesellschaften zum polizeilichen Erfüllungsgehilfen degradiert. Sie müssen selber Paß- und Visa-kontrolle bei "Drittausländern" vornehmen. In der BRD sind bei Nichtbeachtung 2.000 DM/Person fällig.

PHASE 2: BIG BROTHER IS WATCHING YOU

Wer es denn trotz aller Schikanen dennoch schafft, europäisches Hoheitsgebiet zu betreten, für den haben die Ausländer- und Polizeibehörden einiges vorbereitet. "Unabhängig davon, an welche Vertragspartei der Drittausländer sein Asyl- oder Einwanderungsbegehren richtet, ist nur eine einzige Vertragspartei für die Behandlung des Asylbegehrens zuständig." (Art. 29). Lehnt ein EG-Land das Asylgesuch ab, so ist dieser Beschluß für alle anderen Vertragsparteien bindend.

Es kann kein neuer Asylantrag in einem anderen Schengen-Land gestellt werden. Entscheidend dafür, welches Schengen-Land für einen Flüchtling zuständig ist, ist die Tatsache, wer das Visum erteilt hat und, wenn – was Seltenheitswert hat – ein Flüchtling im Besitz mehrerer Visa ist, das Land, welches das längste Visum erteilt hat (Art. 30/1 a, b).

Ein Kernstück des Schengener-Vertragswerkes ist das sog. "Schengener-Informationssystem". Es setzt sich aus nationalen Datenbanken und einer "technischen Unterstützungseinheit" in Straßburg zusammen. In unverblümter ideologischer Deutlichkeit werden in Artikel 94 die Ziele dieser Datensammlung genannt. Turnusgemäß geht es auch hier darum, "die öffentliche Sicherheit und Ordnung einschließlich der Staatssicherheit ... zu gewährleisten." Mindestens monatlich, bei Bedarf auch in kürzeren Intervallen werden dabei Daten aller Art über Flüchtlinge und ihre Bewegungen zusammengetragen, ausgetauscht und kombiniert. Der gläserne Flüchtling wird Realität.

In der BRD finden diese Regelungen über die Erfassung, Weitergabe und Abspeicherung personenbezogener Daten zum einen im 'neuen' AusländerInnengesetz und in der nach wie vor BRD-weit größten Datenbank, dem Ausländerzentralregister (AZR) ihre Entsprechung. "An Behörden anderer Staaten sowie an

über- und zwischenstaatliche Organisationen können Auskünfte über Daten aus dem Register erteilt werden" (§ 19).

Die gleiche ideologischen Parallelen zwischen dem Schengener Vertrag, dem AusländerInnengesetz und dem AZR offenbaren sich auch im Bereich der politischen Betätigung. Erwartungsgemäß wird diese unterbunden, wenn Anhaltspunkte für die Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit vorliegen (Art. 100 des Ausl.gesetzes).

PHASE 3: ABSCHIEBUNG AUSEUROPA

Auch hier bleiben die Formulierungen ungenau und werden nicht näher bestimmt. Da dies durchgängig der Fall ist, kann wohl kaum von Zufall gesprochen werden. Somit können die Regierenden vollkommen legal immer wieder von neuem festlegen, wer zur unerwünschten Person erklärt und damit zur Abschiebung freigegeben wird. Jemand, der nach Ablehnung seines Asylantrages oder wegen Gefährdung der ominösen öffentlichen Sicherheit abgeschoben worden ist, wird beliebig lange in einer "Aus-schreibungsliste" geführt. Wer einmal in dieser schwarzen Liste für Flüchtlinge auftaucht, braucht auf längere Sicht keine Reise mehr in die europäische Gemeinschaft zu buchen.



FAZIT

Es konnten hier nur einige besonders prägnante Aspekte genannt werden. Es fällt auf, daß Flüchtlinge und ImmigrantInnen sowohl sprachlich als auch politisch ständig in Zusammenhang mit Begriffen wie Innere Sicherheit, öffentliche Ordnung, Terrorismus, Kriminalität, etc. genannt werden. Prägend für den Schengener Vertrag ist der Gedanke der Abschottung und, wenn denn Menschen doch einmal durch das engmaschige Netz an den Außen-Grenzen geschlüpft sind, ihre vollkommene datenmäßige Erfassung und Totalkontrolle.

Allerdings sollten wir uns hüten, von einer generellen Abschottung zu sprechen. In der BRD – als dem dominanten Staat in der EG – unterliegt auch der Asylbereich dem Primat der Ökonomie. Es geht um eine selektive Zulassung zum Arbeitsmarkt. Das Bonner Innenministerium selber bestätigte dies, als es bereits im Herbst 1989 eine Aufhebung des fünfjährigen Arbeitsverbotes in die Diskussion brachte.

Gedacht war nicht an eine generelle Aufhebung dieser Abschreckungsmaßnahme, sondern an die Zulassung von Flüchtlingen zu den typischen Saisonarbeitsbereichen im Weinbau, Hotel-, Gaststätten- und Baugewerbe, sowie in der Landwirtschaft. Dieser ökonomisch-ideologischen Zielvorgabe trug man auch im neuen AusländerInnengesetz Rechnung. Zwar kann Flüchtlingen nach einjährigem Aufenthalt in der BRD die Arbeitserlaubnis erteilt werden. Da die Vermittlung ausschließlich über das Arbeitsamt zu erfolgen hat und dort weiterhin die Vorrangregelung für Bundesdeutsche und EG-AusländerInnen gilt, ändert sich an der realen Situation für die meisten Flüchtlinge nichts. Geändert hat sich lediglich ihre arbeitsmarktgemäße Steuerung.

Bereits sorgen sich Teile der Kapitalvertreter darum, daß die europäischen Außengrenzen zu dicht geschlossen würden. "Nicht zu viele

Zuzügler werden das Problem der nächsten Jahrzehnte sein, sondern die Frage ob und wie die BRD ihren Einwanderungsbedarf befriedigen kann... Damit aber wird es in den nächsten Jahren europaweit zum Wettbewerb um junge, leistungsfähige Arbeitnehmer kommen", hieß es bereits am 10.02.1989 in der Wirtschaftswoche in dem Artikel "Arbeiter gesucht". Wer aber derart Flüchtlinge nur nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit betrachtet, der benötigt Daten über diese Menschen, um sie jederzeit verfü- und einplanbar zu haben. Vor diesem politisch-ökonomischen Hinter-

grundmacht denn auch die zentrale datenmäßige Erfassung durch das Schengener Informationssystem einen Sinn.

WASTUN?

Skizzenhaft möchte ich an dieser Stelle einige Momente und Eckpunkte einer möglichen Gegenstrategie vorstellen.

1. Ziel und Orientierungspunkt muß eine Politik sein, die Ausländerinnengesetze, so liberal sie auch sein mögen, abschafft. Auch das liberalste AusländerInnenrecht ist schon ein Selektionsmechanismus. Es ist ein Sondergesetz für eine andere "Sorte" Menschen und damit eine Art staatlich institutionalisierter Rassismus, bzw. Diskriminierungs- und Ausgrenzungspolitik.

Mit dem Argument der sofortigen Machbarkeit und der Verbesserung der Situation von Flüchtlingen wird über Kontingentierung diskutiert. Dieser liberal klingende Vorschlag bedeutet aber in der Konsequenz nichts anderes als die Festschreibung der bestehende Verhältnisse: es wird weiterhin zwischen Menschen deutscher und nichtdeutscher Herkunft unterschieden; es wird weiterhin abgeschoben; es wird weiterhin nach ökonomischen Kriterien entschieden; der Reichtum dieser Erde wird weiterhin einseitig in der 1. Welt verpraßt. Kontingentierung, so gut sie von einigen auch gemeint sein mag, wird es Rassisten aller Couleur erlauben, ihre Abschottungs- und Abschiebepolitik unter einem humanistischen Deckmantel zu betreiben.

Kontingentierung heißt nichts anderes als die Fortschreibung dieser Politik mit intelligenteren Mitteln.

2. Über das reine Diskutieren in akademischen Studierzimmern hinaus, muß es darum gehen, einen massenhaften Widerstand zu entwickeln, der sich eher durch Lebendigkeit, als durch Institutionalisierung a' la Amt für multikulturelle Angelegenheiten auszeichnet: Eine Bewegung, die die Straße erobert und den öffentlichen, politischen und kulturellen Raum besetzt. Die mittlerweile beliebig zwischen Lafontaine, Genscher, Kohl, Geißler und Weizsäcker herumgeisternde Pulle "Multikulturelle Gesellschaft" versendet dabei zunehmend im Wirrwar altstaatlicher Integrationskunst und neustaatlicher Ämterbildung. Döner Kebap um die Ecke und Folklore am Abend, das verträgt auch dieser Staat.

3. Ein Lernprozeß, der insbesondere von den Einheimischen gefordert ist, ist sämtliche Hindernisse für die Selbstorganisation von Flüchtlingen und ImmigrantInnen aus dem Wegzuräumen.

4. Eine intelligentere Form des Rassismus bekommen wir seit einiger Zeit, mit der Tarnkappe Ökologie versehen, präsentiert. Dabei dient die angebliche Überbevölkerung als Grundlage für die Behauptung, Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen seien ökologisch nicht verträglich. In der Konsequenz davon werden je nach politischem Standpunkt mit unterschiedlicher Gewichtung Abschiebungs- und Abschottungsmaßnahmen gegen weltweite Flüchtlingsbewegungen begrüßt. Früher, als der Begriff Ökologie noch nicht zum Sprachschatz gehörte, wurde dies auf die einfache Formel 'Volk ohne Raum' gebracht. Ganz offensichtlich ist dieses völkisch-nationale Gedankengut weit über REP's und NPD hinaus gesellschaftsfähig.

5. Schlußendlich bleibt noch übrig, unsere (deutsche) Staatsgläubigkeit zu hinterfragen. Sind solche Gesetzeswerke eigentlich bedauerliche Unglücksfälle und Aus-

rutscher wider besseren Wissens, oder steckt da System dahinter?

Wie oft vollziehen wir die darin konstruierten juristischen Rassismen in unseren Köpfen nach? Wie oft werden Flüchtlinge und EinwanderInnen zu Objekten unseres sozialarbeiterischen Handelns?

Roland Röder (arbeitet u.a. für die 3. Welt Läden Merzig und Losheim im Arbeitsschwerpunkt RASSISMUS des "Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen", BUKO, mit.

(Im Rahmen unserer Möglichkeiten sind wir gerne bereit, unsere Positionen auf Veranstaltungen und Diskussionen zu vertreten. Kontakt: AKTION 3. WELT e.V. MERZIG-WADERN / c/o AG Asyl-Rassismus Weiskircherstr. 24 / 6646 Losheim / Tel: 06872/6982)

BUKO-Seminar "Rassismus" am 27. - 29. September

Auf dem 15. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) ist der Vorschlag entstanden, einen eigenen Arbeitsschwerpunkt Rassismus einzurichten. Die inhaltliche und strukturelle Verknüpfung der 3. Welt- und Internationalismusarbeit mit der Arbeit gegen Rassismus und Eurozentrismus ist eine politische Notwendigkeit. Die Diskussion um den Themenbereich Asyl/Rassismus/Nationalismus soll bei dem Seminar gleichberechtigt neben der Debatte um praktisch-strukturelle Konsequenzen und Umsetzungsmöglichkeiten stehen.

Programm:

Freitag Beginn 19.00 Uhr

Vorstellung der TeilnehmerInnen: Berichte über die Situation vor Ort / Selbstverständnisdiskussion

Samstag: Beginn 9.30 Uhr

Block 1: Wanderungs- und Migrationsbewegungen
global; Reaktionen in den
Aufnahmeländern (Bsp.: Osteuropa)

Block 2: Rassismus und Bevölkerungspolitik; ein
Beitrag aus feministisch-internationalistischer Sicht

Block 3: EG-Asylrecht und BRD-Ausländergesetzgebung im Vergleich
Sonntag Beginn 9.30 Uhr

Möglichkeiten der politischen Umsetzung. Diskussion über Selbstverständnis und Perspektiven des Arbeitsschwerpunktes und über strukturelle Konsequenzen

Das Seminar findet vom 27. - 29. September in der Nähe von Bremen statt.
Anmeldungen bei: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

AKTIONSKONFERENZKAMPAGNE 92 am 19./20. Oktober in Köln, "Alte Feuerwache", Melchiorstr. 3 (Kontakt über BUKO)

Der Kampagnen Koordinierungsausschuß des BUKO lädt zu einer Aktionskonferenz ein. Ziel der Konferenz soll die Absprache und Planung konkreter Aktionen für eine gemeinsame Kampagne 92 sein. Themenschwerpunkte sind:

* Etablierung des EG-Binnenmarktes

* 500 Jahre Conquista - Kontinuitäten von Kolonialismus und Widerstand

Auferstanden aus Ruinen...

Vom Rassismus in der ehem. DDR zum Rassismus in den Köpfen

Kaum ein Tag vergeht ohne Nachrichten über rassistische Überfälle und Angriffe auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Den Horrorszenarios aus den Unterkünften von Flüchtlingen oder aus den Bahnhöfen soll an dieser Stelle kein weiteres

hinzugefügt werden. Sie Situation ist allgemein bekannt.

Es soll auch nicht darum gehen, daß aufgrund der desolaten wirtschaftlichen Situation, der Existenzängste und der Identitätskrisen der

Menschen in der ehemaligen DDR auf einmal ein Blitzableiter für angestaute Aggressionen gesucht und gefunden wurde. Rassismus und Naziverherrlichung gab es auch vor der "Wende" in der DDR.

VOR DER WENDE

"Ich erinnere mich an Szenen aus meiner Kindheit und Jugend in den 70er und 80er Jahren, als wir die Gäste der Gartenvereinslokale (meistens Männer) beobachteten, wie sie in "geschlossener Gesellschaft" die alten Nazilieder sangen und je später der Abend desto ausfallender wurden. Einige zogen ihre alten Wehrmachtsuniformen oder die ihrer Väter an, die sie irgendwo versteckt hatten.

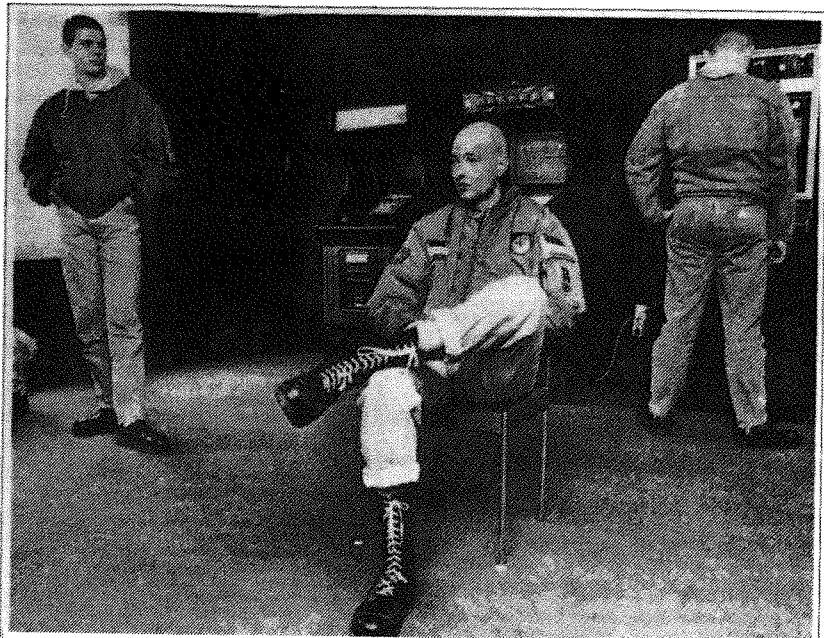
Darüberhinaus hörte man immer mal wieder von Jugendlichen, die mit erhobenem rechtem Arm besoffen durch die Straßen marschierten und "Sieg Heil" gröhlten.

Auch aus meiner ehemaligen Schule sind ein paar in den Knast gekommen, offiziell wegen Rowdytum und Körperverletzung oder sogenannter staatsfeindlicher Hetze (nach diesem Paragraphen wurden Rechte wie Linke verurteilt, fiel alles mögliche, was dem Staat nicht gepaßt hat, darunter.)

In Wirklichkeit hatten sie Algerier in der Disko geschlagen und dann vor der Tür Nazi-Parolen gerufen bis die Bullen kamen.

Tote gab es auch nach Messerstechereien in Diskos oder Kneipen, wurden nur alles verschwiegen oder anders begründet. Als mal ein Jugendlicher aus der Mongolei (einer von denen, die bei uns eine Berufsausbildung gemacht haben) erschlagen wurde, hieß es, daß die Mongolen ein aggressives Volk seien und immer gleich das Messer ziehen. Das wurde dann also als Notwehr hingestellt.

Das, was jetzt offen wird, gab es in vorsichtigerer und verdeckter Form seit ich mich erinnern kann. Der Staat hat versucht, das zu unterdrücken durch repressives Vorgehen. Das wußten die Rechten natürlich und sahen sich entsprechend vor. Aber Sprüche wie "Die Polacken kaufen uns alles weg", "Die Algerier nehmen uns die Mädels weg" oder "Hier gibt's nichts zu kaufen - aber nach Vietnam schicken sie's" oder ähnliches waren im Betrieb oder auf der Straße an der Tagesordnung."
(aus einem Brief einer Antifaschistin aus Leipzig)



Langeweile und Gewalt - Skinheads am 20.4.91 in einer Spielhalle in Cottbus (Foto: D. Gust Zenit)

In den ersten Monaten dieses Jahres sah es so aus, als ob sich in der ehemaligen DDR Widerstand gegen die Unterordnung unter bundesrepublikanische Verhältnisse formieren würde. Die Montagsdemonstrationen wurden wieder ins Leben gerufen, Streiks und Betriebsbesetzungen verunsicherten die Kapitalstrategen in der Treuhändergesellschaft, die Eier auf Helmut Kohl in Halle...

Aber dieselben Menschen, die gegen Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot auf die Straße gingen, sahen unbeteiligt zu, wenn rassistische Jugendliche und Nazi-Schläger ArbeiterInnen aus Mozambik oder Angola verprügelten. Die Wurzeln des Rassismus sind älter als der Kapitalismus. Sie werden lediglich vom Kapitalismus geprägt und von seinem Staat ausgenutzt. Auch zu Zeiten der DDR lebte der Rassismus - und wurde vom Staat gefördert.

Rassistische Einstellungen der Bevölkerung der ehemaligen DDR

wurden durch eine restriktive "AusländerInnenpolitik" gestützt. "AusländerInnen" mußten in Heimen isoliert von den Deutschen leben. Kontakte waren außerhalb von Schule, Arbeit oder Studium unerwünscht. Das VietnamesInnen nur als billige Arbeitskräfte ins Land geholt worden waren, war den Deutschen klar: Weil sie fast ausschließlich an Arbeitsplätzen beschäftigt wurden, wo sie nichts für einen Existenzaufbau in Vietnam lernen konnten. "Ausländische" Frauen, die nur vorübergehend zum Arbeiten in der DDR waren, wurden bei Schwangerschaften in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Gleichzeitig war die Propaganda der DDR vollgepropp mit Begriffen wie "Internationale Solidarität" und "Völkerfreundschaft". Im Alltag der DDR spielte das aber keine Rolle.

Die sogenannte Volksbildung tat dasihirgedazu:

"In einer Schulfibel für ABC-Kinder vom Verlag "Volk und Wissen", die übrigens nach der "Wende" in überarbeiteter Form auf den Markt kam, geht esfolgendermaßen zu:

Mama ist Hausfrau und Mutter, sie ist am Wäschekorb, Papa ist am Auto (Wartburg). In der Nach-Wende-Ausgabe ist es ein VW. Der Supermarkt zeigt das ehemalige Warenangebot: rechts zwanzig Flaschen Milch, links zwanzig Brote. In der aktualisierten Ausgabe wird das DM-Angebot gezeigt. Die Fibel zeigt die intakte deutsche Familie, Vater, Mutter, zwei Kinder und sogar Oma und Opa. Aber keine geschiedenen Ehen, keine alleinerziehenden Mütter oder Väter.

Auf Seite 90 lernen wir das Söhnchen kennen und das schwarze Puppenbaby. Beide heißen Alfred: "Aber weil das für ein Negerkind kein passender Name ist, haben wir Ali draus gemacht."

Damit nun aber keiner auf den Gedanken kommt, die Fibel sei rassistisch, tanzen alle Kinder der Welt auf einer Doppelseite Ringelreihen. Und dann ist da noch die Doppelseite mit "unserer schönen Heimat", die in der neuesten Ausgabe der Fibel bedeutend größer geworden ist (Die DDR um die BRD erweitert).

Weitere solche (noch eher subtilere) und offenere Beispiele ließen sich bestimmt noch viele finden. (zitiert nach: die tageszeitung)

Auch eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus hat in der ehemaligen DDR nie stattgefunden. Zwar tragen (trugen) fast alle Schulen die Namen ehemaliger WiderstandskämpferInnen, in denen dann die Kinder jener Eltern lernten, die noch einige Jahre zuvor eben jene WiderstandskämpferInnen und Millionen anderer Menschen verfolgt und ermordet haben, mitgemacht oder geschwiegen haben. Nicht alle, aber die meisten.

Die offizielle Faschismus-Aufarbeitung beschränkte sich weitestgehend darauf, den faschistischen Machtapparat und das dahinterstehende Kapital anzuprangern, die das Volk sozusagen verleiteten und mit Schrecken und Terror ihre Interessen gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen. Ähnlich, wie auch die Menschen nach der "Wende" ihre vorherige Situation schilderten: "Was sollten wir denn machen. Die Stasi war doch allgegenwärtig."

Dieses Sich-als-Opfer-darstellen ersparte die Auseinandersetzung mit Schuld und Verantwortung. Der DDR-Führung genügte es dann, den "ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden" als "objektiven Sieger der Geschichte" zudeklarieren.

Das machte es noch einmal leichter die Geschichte zu verdrängen.

Vor diesem Hintergrund muß man die Unmutsäußerungen über die kapitalistische Umorientierung der DDR-Gesellschaft sehen. Das

die Menschen für ihre Interessen auf die Straße gehen ist nur berechtigt. Es kommt aber in der Bewertung darauf an, was sie für den "Wohlstand des Westens" bereits sind zutun!

Die gemeinschaftlichen Aktivitäten, die es im Gegensatz zur BRD ungemein stärker in der ehemaligen DDR gab, wie gegenseitige Besuche, Kontakte und Gespräche innerhalb des Wohnhauses, auf der Arbeit und auf der Straße, gibt es immer weniger. Die Leute müssen aufs Geld achten – jemanden einzuladen kostet was. Konkurrenzdenken, Individualisierung und Rückzug vor den Fernseher sind blitzschnell Alltag in der DDR geworden. Und dazu immer wieder die auch im Westen wohlbekannte Einstellung "Wir haben doch nichts zu verschenken, wir müssen selber sehen wo wir bleiben". Und im gleichen Atemzug: "Uns als Deutschen geht es schlechter als den Ausländern im Westen."

Der größte Teil der in der ehemaligen DDR lebenden "AusländerInnen" hat inzwischen das Land verlassen. Neu hinzugekommen sind Asylsuchende, die in den "Fünf Neuen Ländern" untergebracht werden sollen. Sie sind tagtäglich von Überfällen und Morden bedroht.

Nicht, daß es im Westen viel besser wäre. Es gibt genügend Beispiele für rassistische Überfälle in der "alten" BRD. Und wenn es im Westteil der neuen BRD nicht den relativen Wohlstand gebe, incl. multikultureller Pizzeria nebenan, der viel abfordert, sehe die Situation kaum anders aus als jetzt im Ostteil.

Die zahlreichen rassistischen Übergriffe in der Ex-DDR werden auch in den Medien breit dargestellt. Eine Heerschar von PsychologInnen, SoziologInnen und HistorikerInnen arbeitet an dieser "Problematik". Den Opfern nützt das wenig. In Fernseh-Talkshows wird darüber diskutiert, ob es eine stärkere "Ausländerfeindlichkeit" im Osten gibt oder nicht, und wenn ja, warum... Über die Ursachen ist man sich meistens einig: Weil die Deutschen im Osten ärmer sind als die im Westen und jetzt von Arbeits- und Perspektivlosigkeit bedroht sind muß sich der Frust eben ein Ventil suchen. Eine böse gewalttätige Minderheit, die organisierten Neonazis (die sich, nebenbei bemerkt, oft genug in denselben Talkshows profilieren dürfen), heizt die Situation zusätzlich an.

So einfach ist das alles. Was gebraucht wird ist Beschäftigung und mehr Polizei. Und sozialtherapeutische Betreuung der rassistischen Schläger.

Wie es den Geschlagenen dabei geht, wie es den Menschen außerhalb deutscher oder gar europäischer Grenzen geht, ist entweder egal oder nicht von Interesse. Das "Deutschsein" ist die Trennlinie für soziale Rechte, Wohlstand und auch für Menschenrechte.

Herkömmliche Erklärungen für Rassismus betrachten nur die Oberfläche. Faktoren, die rassistische Tendenzen unter Umständen verstärken, wie sozialer Druck, Armut, usw. werden zu Ursachen erklärt. Danach liegt es in der "Natur des Menschen" sich gegenseitig fertigzumachen, nach unten zu treten, mit Neid und Mißgunst aufeinander um den sozialen Aufstieg zu kämpfen.

Die traditionellen marxistischen und anderen linken Analysen unterschieden zwischen "richtigem" und "falschem" Klassenbewußtsein. Richtig war es zum Beispiel in den 20er Jahren in Deutschland in den Reihen von SPD und KPD den Klassenfeind zu bekämpfen. Falsch war es der SA beizutreten und deren vermeintlich sozialrevolutionären Propaganda Glauben zuschicken.

Warum aber in den unterdrückten und ausgebeuteten Klassen massenhaft "falsches" Bewußtsein zu finden war, darauf wußte die traditionelle Linke keine Antwort. Theoretiker, die an dieser Frage hartnäckig blieben (und dabei manch Unangenehmes für die Arbeiterbewegung zu Tage förderten) und die Unterdrückung der Frau, Autoritätshörigkeit, Vorurteile und ein hierarchisches Weltbild thematisierten, wurden, wie z.B. Wilhelm Reich, aus der Partei ausgeschlossen.

Die Nazis hatten soziale Ängste seinerzeit aufgegriffen und ihre Propaganda gegen die "Bonzen" mit Menschenverachtung gegen die "Juden" verknüpft. Die Linke in ihrer Gesamtheit konnte dem im Kern nichts entgegensetzen, weil sich ihr eigenes Menschenbild ebenfalls nicht von autoritären und patriarchalen Strukturen befreit hatte.

Rassismus ist nicht nur irgendein Überbau, nicht ausschließlich eine Strategie, die sich die Kapitalisten erdacht haben, um die Unterdrückten und Ausgebeuteten zu spalten. Rassismus ist auch Teil einer Grundstruktur in den Köpfen der Menschen, ohne deren Veränderung es niemals eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung geben kann – auch wenn "das Volk" noch so sehr gegen Kohl und die Treuhänder aufstehen würde. Es gibt einen historisch gewachsenen Sozialcharakter, geprägt von jahrhundertalten patriarchalen Normen, von Kolonialismus und Überlegenheitsideologien – und deren kapitalistischer Ausprägung. Das macht die Menschen hier aus, Frauen wie Männer, wenn auch unterschiedlich.

Von dieser Situation ausgehend gibt es Strategien zu entwickeln, die dem Rassismus in den Köpfen etwas entgegensetzen können. Und eine Praxis, die die rassistische Politik der Herrschenden entlarvt, benennt und angreift, die aber auch die Organisation des Kampfes gegen rassistische Schlägerbanden einschließt. ●

Nachrichten aus Cumhuriyet

LEEREHOTELS

Während im Mai 1990 205.000 Touristen mit dem Flugzeug nach Antalya gekommen waren, waren es im Mai 1991 nur 52.000.

1.7.91

POLIZEIEINSATZ

Der Generalsekretär der "Sozialistischen Partei" (SP) erklärt, bei einem größeren Polizeieinsatz gegen die SP in Van seien eine große Anzahl von Personen festgenommen worden. Drei Bezirksvorsitzende der SP in Van seien eine Woche lang auf der Sicherheitskommandantur gefoltert worden.

DROHUNGEN GEGENANWALT

Die Anwaltskammer von Van brachte bei der europäischen Menschenrechtskommission eine Beschwerde gegen die Präfektur des Ausnahmezustandsgebietes vor. Der Anwalt İsa Avcı werde von Sicherheitskräften bedroht und unter Druck gesetzt. Er fürchte um seine Sicherheit.

PROTESTAKTIONEN IN BISMIL

In Bismil protestierten die Einzelhändler mit der Schließung ihrer Geschäfte gegen die von Unbekannten verübten Bombenanschläge sowie gegen das "Anti-Terror-Gesetz". Eine geplante Demonstration von 150 Menschen wurde von Sicherheitskräften durch Warnschüsse und durch Knüppel Einsatz verhindert. 3 Verletzte, 20 Festnahmen.

2.7.91

PROTEST DER ARBEITERINNEN

Städtische Bedienstete wollten dem Parlamentspräsidenten in Ankara eine Protestnote mit 20.000 Unterschriften gegen die niedrigen Lohnerhöhungen und gegen die Repression gegenüber den Gewerkschaften überbringen. Bei dem Versuch die Busse nach Ankara zu besteigen wurden die ArbeiterInnen von Sicherheitskräften daran gehindert. 54 Festnahmen.

3.7.91

Die in großer Anzahl nach Ankara gereisten städtischen Bediensteten wurden von Sicherheitskräften daran gehindert ihre Protestnote dem Parlament zu übergeben. 200 Festnahmen.

ARBEITSNIEDERLEGUNG BEI MANNESMANN

Bei Mannesmann/Sümerbank in Izmit Protestaktionen von 600 Arbeitern gegen die Entlassung von 21 Kollegen aufgrund finanzieller Schwierigkeiten der Firma. Die Produktion stand 2 Tage still.

4.7.91

2 MENSCHEN WEGEN KURDISCH-SPRECHENS ERSCHOSSEN

In einem Lokal in Avcılar/Istanbul erschoss ein Polizeikommissar zwei am Nachbartisch sitzende Personen, weil sie kurdisch sprachen und kurdische Liedersangen.

ARBEITSNIEDERLEGUNGEN WEGEN ENTLASSUNGEN

Wieder Arbeitsniederlegungen gegen Entlassungen bei Mannesmann / Izmit, in der Zementfabrik Adana und in der Glasfabrik Sinop. Arbeitsniederlegung von 3000 städtischen Bediensteten in Ankara wegen ausstehender Lohnzahlungen.

5.7.91

GEHALTSERHÖHUNG FÜR STÄDTISCHE BEDIENTETE

Die Veröffentlichung der Entscheidung über die Lohn- und Gehaltserhöhungen wird für heute erwartet. Man erwartet durchschnittlich 35-40% Erhöhungen. Der niedrigste Lohn wird dann von derzeit 448.000 TL auf 600.000 TL (ca. DM 240,-; TI) steigen.

6.7.91

MULTINATIONALE TRUPPEN IN SILOPI WEGEN PKK ALARMIERT

Nachdem ca. 20 PKK'ler mit Raketenwerfern und Maschinengewehren das Gericht, ein Polizeiwohnheim und zwei Polizeistationen in Silopi angegriffen haben wurden die Multinationalen Truppen alarmiert. Am nächsten Mittag wurden bei der Suche nach PKK'ern 6 Personen erschossen. Außerdem Angriffe der PKK in Sırnak, Cizre und Siirt. Journalisten wurden daran gehindert die durch Angriffe stark beschädigten Gebäude zu besichtigen. Bei einer anschließend durchgeführten Operation in der Umgebung wurde eine große Anzahl Personen festgenommen. Bei der Suche nach den PKK'ern halfen 2 Helikopter der Multinationalen Truppen mit Aufklärungsflügen. Auf Fragen von Journalisten antworteten Soldaten der Multinationalen Streitkräfte: "Obwohl wir eine ganze Zeit im Irak waren, hat es dort überhaupt keinen Vorfall gegeben. Die Bevölkerung im Nordirak liebt uns sehr, aber hier ist die Situation anders."

8.7.91

ENTLASSUNGSANDROHUNG BEI MANNESMANN

Weitere Protestaktionen in verschiedenen Betrieben gegen Entlassungen. Den 590 Arbeitern bei Mannesmann/Izmit wurde die Entlassung angedroht, wenn sie bis zum 11.7. nicht wieder arbeiten. 9.7.91

TÜSIAD ERMAHNT REGIERUNG

Die Arbeitgeberorganisation TÜSIAD ermahnt die Regierung wegen ihrer Wirtschaftspolitik. Sie verlangt ein sofortiges Stabilisierungsprogramm.

GLEICHES SZENARIO WIE BEI VEDATAYDIN

Der HEP-Bezirksvorsitzende von Gaziantep, Sakik, erklärte, daß in der letzten Nacht mehrere Personen in Zivil, die sich als Polizisten ausgaben, mit Funksprechgerät zu seinem Haus kamen und ihn mitnehmen wollten. Er habe die Tür nicht geöffnet. Auf Anfrage bei der Sicherheitskommandantur wurde ihm erklärt, man hätte keine Polizisten geschickt.

10.7.91

BEWAFFNETE AUSEINANDERSETZUNGEN

Bei den 24 Stunden dauernden Zusammenstößen zwischen PKK'ern und Sicherheitskräften bei Sırvan wurden 8 PKK'ler und 1 Dorfwächter getötet. Während einer Operation in einem Dorf bei Sırnak wurden 3 Männer festgenommen. Als die Frauen des Dorfes die Festnahme verhindern wollten wurden drei Frauen angeschossen.

SHP-STADTRAT ERSCHOSSEN

Der zur "Sozialdemokratischen Volkspartei" (SHP) gehörende Stadtrat von Dargeçit, Ömer Kılıç, wurde vor einem Cafe von Unbekannten aus einem Auto heraus mit einer Maschinepistole erschossen.

ANGST VOR ARBEITSLOSIGKEIT

Ganztägige Arbeitsniederlegung der ArbeiterInnen in der Lederfabrik Kazlıcesme gegen Entlassungen. In der letzten Zeit wurden viele Lederfabriken, in denen die Gewerkschaft der LederarbeiterInnen stark ist, geschlossen.

11.7.91

GESPANNTEN ATMOSPHÄRE IM SÜDOSTEN

Die Schließungen von Geschäften gegen die Ereignisse von Diyarbakir weiten sich aus. Durch das Aufbrechen von Geschäften durch Sicherheitskräfte sei ein Schaden von 5 Mrd. TL (ca. 200.000 DM; TI) entstanden. Diyarbakir erlebt eine "nicht ausgerufene Ausgangssperre". Die Straßen werden von Spezialteams kontrolliert. An kritischen Punkten stehen Panzerfahrzeuge. Ein Journalist der linken Zeitschrift "Yeni Ülke" wird vermißt. Die Angehörigen vermißter Personen wenden sich aus Furcht vor Festnahmen nicht an offizielle Stellen.

STREIKBESCHLUSS FÜR DEN 23. JULI

Türk-Is beschloß für 333.000 ArbeiterInnen im öffentlichen Sektor wegen der Ergebnislosigkeit und dem Abbruch der Tarifverhandlungen und drohender Arbeitslosigkeit den Streik. 155.000 ArbeiterInnen, die kein Streikrecht haben, sollen den Streik mit passiven Aktionen unterstützen. 21.000 ArbeiterInnen beim staatlichen Zigaretten- und Alkoholmonopol TEKEL im Gebiet von Marmara stoppten gestern Nachmittag die Produktion.

PASAGÜVEN GETÖTET

Der Studentenfürher aus der Zeit vor 1980, Pasa Güven, der während der 70er Jahre bei Devrimci Gencilik und dann bei Devrimci Sol aktiv gewesen ist, und dann 1980 ins Ausland flüchtete, wurde in Paris erschossen. Güven war bereits 1988 durch einen Anschlag in Nantes verletzt worden.

GROSSE VERÄNDERUNG IN DER SICHERHEITS- KOMMANDANTUR

Die erste große Veränderung in der Verwaltung durch die neue Yılmaz-Regierung wurde in der Polizeikommandantur mit der Entlassung islamischer Beamter vorgenommen – so der Personalverwaltungschef, der Geheimdienstverwaltungschef, und der für das Personal zuständige stellvertretende Polizeichef. Auch der Chef der Polizeiakademie, ein pensionierter General, dem vorgeworfen wurde, er hätte islamisch orientierte Schüler bevorzugt, wurde

entlassen. Auch in den Bezirkskommandanturen sollen Entlassungen islamisch orientierter Angestellter vorgenommen werden.

13.7.91

GEFÄHRLICHEESKALATION

Die Protestaktionen gegen den Tod von Vedat Aydın und die Vorfälle in Diyarbakir weiten sich aus. In Cizre, Silopi, Hani und Kulp wurde an vielen Stellen nicht gearbeitet. Eine Gruppe von einigen tausend Bauern, die die Straße von Cizre nach Nusaybin sperrte, trug ein Plakat von PKK-Führer Abdullah Öcalan mit sich. Lastwagenfahrer aus Nusaybin sperrten eine Stunde lang die Einfahrt nach Cizre. Eine Gruppe von 300 Personen auf der Straße von Idil nach Cizre wurde auseinandergetrieben, 33 Personen wurden festgenommen. Etwa 1000 Bauern, die sich zu einer Demonstration nach Cizre aufmachten, sperrten für 2 1/2 Stunden die E 24. Im Zentrum von Konya demonstrierten 200 Personen mit der Parole "Guerilla schlag zu – Errichte Kurdistan", 100 Personen wurden festgenommen. Auch in Izmir kam es zu einer Protestdemonstration.

BLUTIGE NACHT IN ISTANBUL

Bei einer Razzia der Sicherheitskräfte gegen Dev Sol in 8 Wohnungen im Stadtteil Nisantasi wurden insgesamt 10 Personen getötet und 12 Personen festgenommen. 2 Polizisten wurden leicht verletzt, 1 Passant schwer. Augenzeugen berichten, daß die Polizei, nachdem auf den Ruf "Ergebt Euch" keine Antwort kam, sofort zuschießen begann. 14.7.91

BLUTIGE ÜBERFÄLLE

Bei Aktionen der PKK an verschiedenen Orten wurden 11 Personen getötet, darunter 1 Soldat, 1 Offizier und 1 Dorfwächter. 7 PKK'ler wurden bei der darauffolgenden Verfolgung getötet.

Von den Festgenommenen bei der Beerdigung von Vedat Aydın wurden 58 dem Staatssicherheitsgericht vorgeführt, 38 von ihnen wurden inhaftiert.

GROSSES WAFFENLAGER

Nach der Operation gegen Dev Sol in Istanbul/Nisantasi wurde ein Waffenlager gefunden, das nach Angaben eines hochgestellten Sicherheitsbeamten groß genug sei, "das ganze Stadtviertel in die Luft zu sprengen". Die Wohnungen in Nisantasi gleichen nach der Operation einem Schlachtfeld. Die Verwandten der Erschossenen behaupten, daß diese aus nächster Nähe erschossen worden seien. Vertreter verschiedener demokratischer Organisationen bezeichneten die Operation gegen Dev Sol als Beweis für den Staatsterrorismus, als geplant durchgeführten Mord und als Hinrichtung ohne Gerichtsurteil. Bei einer Razzia im Verein für Rechte und Freiheiten, Özgür Der (der Dev Sol zugerechnet wird; TI) wurden 50 Personen festgenommen.

41 TOTE POLIZISTEN UND SOLDATEN IN 6 MONATEN

In den ersten 6 Monaten des Jahres wurden bei 16 verschiedenen Vorfällen im Südosten (Nordwest-

13 "VERDÄCHTIGE" TODESFÄLLE IN 6 MONATEN

Die Menschenrechtsstiftung der Türkei erklärt, daß es in den ersten Monaten des Jahres 13 verdächtige Todesfälle in den Gefängnissen und in der Polizeihaft gegeben habe. Die Stiftung dokumentiert außerdem 200 Fälle von Folter in diesem Zeitraum. Das Terrorbekämpfungsgesetz spiele eine Rolle bei der Ausweitung der Folter.

Die Todesfälle in den Gefängnissen und in der Polizeihaft:

* **CUMALI COPUR:** Er wurde am 12.1. im Nevsehir E-Typ-Gefängnis an einem Treppengeländer erhängt aufgefunden.

* **TEVFIK TIMUR:** Er wurde am 5.1. in Cizre festgenommen. Am 14.1. wurde seine Leiche der Familie übergeben. Er sei an einem Herzanfall gestorben.

* **BIRTAN ALTUNBAS:** Er wurde am 10.1. auf dem Campus der Universität von Hacettepe Beytepe, wo er studierte. Er starb am 16.1. im Krankenhaus.

* **HAYDAR ARMAN:** Er wurde am 17.1. in Istanbul festgenommen. Am 24.1. wurde er nach Ankara gebracht und inhaftiert. Am gleichen Abend starb er dort.

* **IRFAN BASBU:** Er wurde am 31.1. in Ankara mit dem Vorwurf 2 Packungen Zigaretten gestohlen zu haben festgenommen. Er starb auf der Polizeistation Anafartalar.

* **KASIM ARAS:** Er wurde im Dezember 1990 wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Er starb am 30.1. im Universitätskrankenhaus Erzurum an einer Gehirnblutung.

* **IMREN AYDIN:** Er wurde am 2.3. in Ankara festgenommen und starb am folgenden Tag.

* **YUSUF ERISTI:** Er verschwand im März. Verwandte und Anwälte sagen, daß er am 14.3. im Belgradpark von der politischen Polizei festgenommen wurde.

* **HASIM SINCAR:** Er wurde am 4.4. in Solhan bei Bingöl festgenommen. Er starb auf der Gendarmeriewache von Solhan.

* **VELI GELES:** Er wurde am 1.4. in Ankara festgenommen. Am 5.4. wurde seine Leiche ins Erste Hilfe-Verkehrskrankenhaus gebracht.

* **HAYDIR ALTUN:** Er wurde Ende März bei einem Angriff der Sicherheitskräfte auf ein PKK-Camp im Nord-Irak verletzt gefangen genommen. Seine Mutter behauptet, er sei beim Verhör gestorben.

* **ALAATIN KÜREKCI:** Er wurde am 16.3. wegen Diebstahl in Istanbul festgenommen. Am 17.3. wurde er im Koma ins Krankenhaus gebracht, wo er am 20.5. starb.

(nach CUMHURRIYET vom 15.7.91)

Kurdistan; TI) 44 Terroristen getötet und 5 Terroristen verletzt gefangen-genommen. Bei diesen Vorfällen fielen 41 Soldaten und Polizisten, 12 wurden verletzt. Aufgrund von An-griffen der PKK starben 25 Bürger, 11 wurden verletzt.

15.7.91

"GEKAUFTE" TÜRK-İS

Die TEKEL-ArbeiterInnen finden den Tarifvorschlag der Türk-İs an die Regierung zu niedrig. Bei Protestak-tionen wurden die Parolen "Gekaufte Türk-İs" und "Sevket Yılmaz (Vor-sitzender des Gewerkschaft-Dach-verbandes Türk-İs; TI) soll zurücktre-ten" gerufen. Der Streikbeschuß für 333.000 ArbeiterInnen vom 29.7. sei nichternstgemeint.

ANGRIFFE GEGEN SICHERHEITSKRÄFTE

Bei einem Angriff auf einen Polizei-wagen in Mersin wurden 3 Polizisten schwer verletzt. 15 Festnahmen. Bombenanschläge auf 2 Polizeiwa-chen in Bursa. Bei einer Operation in Ankara wurden vorgestern 2 Perso-nen "tot gefangengenommen". Der Sprecher des Innenministeriums bezeichnete die Kritik verschiedener Personen daran, daß Personen 'tot festgenommen' würden und die Bezeichnung dieser Praxis als 'Hin-richtung vor Ort' als "darauf gericht-ef, die Sicherheitskräfte zu zer-stören".

14 PERSONEN VERMISST

Nach den Vorfällen bei der Beerdig-ung von Vedat Aydın normalisieren sich die Verhältnisse in Diyarbakir wieder. Auf der Liste der Sicherheits-kommandantur über die 365 Fest-genommenen fehlen 14 Personen, die seit der Demonstration vermißt werden.

16.7.91

PROTEST GEGEN DIE "SCHNELLE EINGREIFTRUPPE"

Die Oppositionsparteien sprechen sich einhellig gegen die Stationie-rung einer Schnellen Eingreiftruppe in Silopi zum Schutz der Kurden im Irak aus. Dieses Thema müsse im Parlament diskutiert werden. Mini-sterpräsident Yılmaz will diese Frage nicht vordas Parlament bringen.

19 VERMISSTE

Die Anzahl der nach dem 10.7. in Diyarbakir vermissten Personen hat sich auf 19 erhöht. Von 187 Festge-nommenen, die bisher dem Staats-sicherheitsgericht vorgeführt wur-den, wurden 37 Personen verhaftet. 178 Personen befinden sich noch immer in Polizeihaft und sollen inner-halb von 2 Tagen dem Staatssicher-heitsgericht zur Haftprüfung vorge-führt werden.

17.7.91

ZAHLE DER ARBEITER SINKT

Die Zahl der Arbeiter ist in den letzten 6 Monaten um 60.362 gefallen. Von den in 28 Zweigen arbeitenden 3.513 Mio ArbeiterInnen sind 2.135 Mio in 69 Einzelgewerkschaften organi-siert. D.h. 60,65% sind Mitglieder einer Gewerkschaft. Von diesen 69 Ge-werkschaften sind 45 berechtigt Tar-ifverhandlungen zu führen.

18.7.91

52 VERHAFTUNGEN

Von den am 10.7. in Diyarbakir festgenommenen 436 Personen wurden 52 verhaftet. Von den 16 vermissten Personen gibt es noch immer keine Spur.

20.7.91

BUSH-BESUCH

Der Besuch des US-Präsidenten Bush in der Türkei verlief in einer guten Atmosphäre. US-Regierungs-sprecher Fitzwater bezeichnete die Gespräche als "in höchstem Maße zufriedenstellend". Bush sprach auch mit den Oppositionsführern İnönü (SHP; TI) und Demirel (DYP; TI). 10.900 Polizisten gewährleisteten die Sicherheit von Bush, die eigentliche Kontrolle jedoch in der Umgebung Bush's hatten amerikanische Sicher-heitskräfte.

PROTEST GEGEN BUSH BESUCH

An verschiedenen Stellen wurden auch gestern Molotow-Cocktails geworfen und mit Bombenattrap-pen versehene Transparente aufge-hängt. Viele Personen, darunter auch mehrere Vorsitzende der "So-zialistischen Partei" (SP) wurden beim Flugblattverteilen festgenom-men. 20 Dev Sol-Gefangene im Zentralgefängnis Ankara begannen einen unbefristeten Hungerstreik, darunter auch die Journalistin Tezfel und die Anwältin Demir und Yarayıcı.

TARIFVERHANDLUNGEN

Heute letztes Treffen der Türk-İs Füh-rung mit der Regierung vor dem angekündigten Streik im öffentli-chen Sektor. Um die Regierung zu einem Tarifabschuß zu zwingen, werden die ArbeiterInnen heute wieder einen "gemeinsamen Arzt-besuch" unternehmen.

22.7.91

ARBEITERINNENPROTESTE

Der "gemeinsame Arztbesuch" der ArbeiterInnen des öffentlichen Sek-tors in der ganzen Türkei wandelte sich in eine Demonstration gegen Özal, die Regierung und Türk-İs. Vor allem in Istanbul, Ankara, Izmir und Adana stand die Produktion den halben Tag still. Die Demonstratio-nen legten den Verkehr auf vielen Hauptstraßen still.

FREILASSUNG VON LINKEN GEFANGENEN

Das Verfassungsgericht hat einige Paragraphen des Terrorbekämp-fungsgesetzes aufgehoben, da sie dem Gleichheitsgrundsatz wider-sprechen. Nach dieser Entschei-dung werden auch die in den Prozes-sen gegen Dev Yol, Dev Sol, TBKP, TKP-ML, TIKB, Kurtulus, Halkin Kurtulu-su, Devrimci Savas, Acilciler Ange-klagten oder Verurteilten bedingt freigelassen. Etwa 1000 Gefangene werden davon profitieren. Wegen 'Seperatismus' angeklagten oder verurteilten (Kurden; TI) sind nicht von der bedingten Freilas-sung be-troffen.

TBKP VERBOTEN

Das Verfassungsgericht beschloß die "Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei" TBKP (Zusammen-schuß der früheren TIP und TKP; TI) zu verbieten, mit der Begründung, man gebrauche im Namen der Partei das Wort 'kommunistisch', und das Pro-gramm und die Satzung widerspre-che der Verfassung und dem Gesetz für politische Parteien. Die TBKP war erst im Juni 1990 legal gegründet worden.

"YENI ÜLKE" BESCHLAGNAHT

Die Ausgabe 39 der linken Zeitschrift "Yeni Ülke" wurde wegen zweier Artikel von gewerkschaftsvorsitzen-den konfisziert.

BEÄNGSTIGENDES HAUSHALTSLOCH

Das Haushaltsdefizit ist von 4,693 Trillionen TL im vergangenen Jahrum 44,4% auf 6,777 Trillionen TL gestie-gen.

23.7.91

TARIFVERTRAG

Die Führung von Türk-İs schloß ge-sterm morgen den Tarifvertrag mit der Regierung für 500.000 ArbeiterInnen im öffentlichen Sektor ab. Im ersten Jahr wird die Lohnerhöhung durch-schnittlich 141,5% betragen. Die TEKEL-ArbeiterInnen protestierten gegen den Abschuß und forderten den Rücktritt ihres Gewerkschafts-vorsitzenden. Ministerpräsident Yil-maz kündigte Entlassungen und Preiserhöhungen für die Leistungen und Produkte des öffentlichen Sek-tors an, um die Lohnerhöhungen bezahlen zu können.

24.7.91

BOMBENANSCHLAG

Bereits zum zweiten Male wurde ein Bombenanschlag auf ein ANAP-Gebäude in einer Provinzstadt ver-übt. Zu diesem zweiten Anschlag in Bandirma bekanntesich Dev Sol.

24.7.91

DIYARBAKIR BERICHT DER ANAP

Nach dem Bericht von 4 Abgeordneten der ANAP, die zur Überprüfung der Vorfälle in Diyarbakir auf Direktive des Ministerpräsidenten dorthin geschickt worden waren, sei der eigentliche Grund für die Vorfälle, daß die Regierenden in der Region alle Einwohner als Straftäter betrachten würden. In dem Bericht des Innenministeriums stehe, daß die Beerdigung von Aydin von der PKK organisiert worden sei und die Sicherheitskräfte nicht verantwortlich für die Vorfälle seien. Aber dies alles sei nicht richtig. Kein Demonstrationsteilnehmer habe geschossen, die Leute hätten den Aufforderungen der Polizei Folge geleistet. Im Nachhinein werde behauptet, daß die HEP-Abgeordneten Waffen getragen und diese benutzt hätten. Wenn diese Waffen benutzt wurden, dann nicht von den Abgeordneten, sondern von den Sondereinheiten. Die 4 ANAP-Abgeordneten forderten von Ministerpräsident Yilmaz, den Gebietsgouverneur Kozakcioglu vom Dienstzususpendieren.

24.7.91

NEUER MINDESTLOHN

Der Mindestlohn wird ab 1. August von brutto 414.000 TL auf brutto 801.000 TL erhöht (ca. 300,- DM; TI), d.h. netto ca. 500.000 TL (ca. 200,- DM; TI). Damit beträgt der Mindeststundenlohn 3560 TL brutto (ca. 1,30 DM; TI). Den Mindestlohn erhalten z.B. Pförtner oder Berufsanfänger in der Textil-, Metall- oder Papierindustrie. Die monatlichen Kosten für Lebensmittel für eine 4-köpfige Familie betragen nach Berechnungen von Türk-Isz.Zf. ca. 810.000 TL.

PROTESTE DER GLASARBEITERINNEN

Aus Protest gegen die bisher 1500 Entlassungen bei der Flaschen-Glas Holding legten gestern 3000 ArbeiterInnen im Werk Pasabahce die Arbeit nieder.

27.7.91

GYNÄKOLOGISCHE UNTERSUCHUNG BEI DEUTSCHER TOURISTIN

Eine deutsche Touristin wurde nachts von der Polizei aus dem Hotel, in dem sie mit ihrem türkischen Freund wohnte, geholt und gezwungen sich im Krankenhaus einer gynäkologischen Untersuchung zu unterziehen. Da sie nicht verheiratet sei, wollte man feststellen ob sie eine Prostituierte sei.

FESTGENOMMENE FREI

Die nach 5 Bombenanschlägen in Izmir, zu denen sich Dev Sol bekannt hatte, festgenommenen 50 Personen wurden wieder freigelassen. Die Untersuchungen dauern an.

28.7.91



Wertarbeiter in Istanbul fordern den Rücktritt von Regierung und Türk-Is

REPRESSIONEN GEGEN HEP

Die Repressionen und Angriffe auf Mitglieder und Führer der HEP (Partei der Arbeit des Volkes; TI) dauern an. Nach einer Erklärung der Partei gebe es von Muharrem Bozan, der am 25.7. das Parteigebäude in Diyarbakir verließ, keine Spur. Man befürchte, daß er wie Vedat Aydin getötet worden sei. Das Vorstandsmitglied der HEP von Tatvan, Sadrettin Akbay, sei beim Betreten eines Dorfes in Yüsekova erschossen worden. Eine weitere Person sei an den Folgen der Schläge der Polizei bei der Beerdigung Aydins im Krankenhaus verstorben.

29.7.91

UNTERSTÜTZUNG FÜR GLASARBEITERINNEN

Zur Unterstützung der GlasarbeiterInnen, die seit 6 Tagen aus Protest gegen die 1500 Entlassungen ihren Arbeitsplatz nicht verlassen haben, schlossen die Einzelhändler in der Umgebung der Fabrik in Pasabahce gestern ihre Geschäfte. Die ArbeiterInnen von TEKEL kamen vor die Glasfabrik und veranstalteten dort eine Solidaritätskundgebung. Während der Kundgebung wurde ein Journalist der Zeitung "2000'e dogru" festgenommen.

OPERATIONEN DER TÜRKISCHEN ARMEE IM NORD-IRAK

Die Behauptungen von Milizen in Hakkari und Cukurca und von Peshmergas der irakischen KDP (Demokratische Partei Kurdistans unter Führung von Mesut Barzani), die türkische Armee führe Operationen gegen die PKK im Nord-Irak durch, wurde vom Generalstab demontiert. Ein Sprecher der KDP erklärte, sie seien entschlossen, der PKK im Nord-Irak keinen Unterschlupf zu gewähren. Zuerst werde man die PKK warnen, aber wenn sie darauf bestünde vom Nord-Irak aus Aktio-

nen gegen die Türkei durchzuführen, würde die Kurdistanfront sie aus diesem Gebiet hinauswerfen. Nach einigen kurdischen Quellen würden an den Operationen gegen die PKK außer Soldaten und Milizen auch KDP-Peshmerga teilnehmen.

30.7.91

600 ARBEITSLOSE IM HUNGERSTREIK

600 Arbeiter in Ceyhan, die durch die Schließung ihres Werkes von einem Tag auf den anderen arbeitslos wurden, begannen einen Hungerstreik. Der Gewerkschaftsvertreter behauptet, daß die Fabrik geschlossen würde, um die Gewerkschaften hinauszuwerfen. (Anschließend wird sie wieder eröffnet und es werden nur Nicht-Organisierte eingestellt. Diese Methodik scheint sich in letzter Zeit zu verbreiten; TI)

GLASARBEITERINNEN WEITER IM WIDERSTAND

Die Fabrikbesetzung der 2700 GlasarbeiterInnen in Pasabahce aus Protest gegen die 600 durchgeführten und 400 geplanten Entlassungen dauert mittlerweile den 7. Tag an. Tausende von Familienangehörigen protestierten vor dem Fabrikgebäude. Den Aufrufen der Polizei, sich zu zerstreuen, leisteten sie keine Folge.

STAATSANWALT VERLANGT TODESSTRAFE FÜR 16-JÄHRIGE

Die Verhandlung gegen 31 PKK-Angeklagte vor dem Staatssicherheitsgericht in Izmir begann unter Ausschluß der Öffentlichkeit, da die Angeklagte H.S. noch unter 16 Jahre alt ist. Für sie und weitere 4 Personen fordert der Staatsanwalt die Todesstrafe.

DEM VORFALL AYDIN WURDEN WEITERE HINZUGEFÜGT

Der HEP-Vorsitzende Isiklar erklärte auf einer Pressekonferenz, daß nach Inkrafttreten des Terrorbekämpfungsgesetzes Menschenjagden veranstaltet würden und so die Massen terrorisiert würden. Nach dem Tod von Vedat Aydin sei das Parteimitglied Remzi Il festgenommen und unter der Folter getötet worden. Jedoch befindet sich sein Name nicht auf der Liste der Festgenommenen. Diese Situation treffe für mehrere Menschen zu. So z.B. für das Parteimitglied Muharrem Bozan, von dem nach seiner Festnahme jede Spur fehle. Der Parteivorsitzende von Tatvan sei zusammen mit 2 weiteren Personen aus dem Auto geholt und erschossen worden.

31.7.91

TERROR IN ISTANBUL

Bei einem Anschlag auf einen Polizeiwagen wurden 2 Polizisten erschossen. Bei einem Raubüberfall auf eine Tourismusfirma erbeuteten die bewaffneten Räuber 135 Mio. TL. Zu beiden Taten bekannte sich Dev Sol.

DEMONSTRATION DER STAHLARBEITER

In Karabük und Iskenderun demonstrierten 21.000 Stahlarbeiter, da es bisher nicht zu ernstzunehmenden Tarifverhandlungen gekommen ist. Am 9.8. wollen sie in den Streik treten.

INHABER VON "YENI ÜLKE" FESTGENOMMEN

Der Inhaber der linken Wochenzeitung "Yeni Ülke", Serhat Bucak, wurde festgenommen und zum Verhör nach Diyarbakir gebracht. Gegen "Yeni Ülke" laufen zur Zeit 16 Ermittlungsverfahren.

1.8.91

ZELTLAGER VOR DER GLASFABRIK PASABAHCE

Die Familien der GlasarbeiterInnen, die die Fabrik in Pasabahce seit 9 Tagen besetzt halten, haben vor der Fabrik ein Zeltlager errichtet. Viele Arbeitsniederlegungen und Solidaritätsbesuche von ArbeiterInnen aus anderen Fabriken zur Unterstützung der GlasarbeiterInnen. 4 Mitglieder der "Sozialistischen Partei" wurden festgenommen, weil sie ein Unterstützungsflyer verteilt haben.

"YENI ÜLKE" BESCHLAGNAHMT

Die Nr.41 der linken Wochenzeitung "Yeni Ülke" wurde konfisziert. Damit ist die Zahl der gegen die Zeitung eingeleiteten Verfahren auf 17 gestiegen. Erst letzte Woche war der Hauptautor der Zeitschrift, Ismail Besiki, verhaftet worden. Der Inhaber Serhat Bucak soll dem Staatssicherheitsgericht vorgeführt werden. Ein

leitender Redakteur wurde im Zusammenhang mit der Nr.41 vorübergehend festgenommen.

LÄDEN IN CIZRE GESCHLOSSEN

Die Händler protestierten gegen die zunehmende Repression im Gebiet durch Schließung der Läden. Nach dem Tod der Bürgerin Hediye Dicle, die am 2. August zufällig durch das von einigen bewaffneten Personen eröffnete Feuer starb, und dem bei diesem Vorfall verletzten Beamten, hätten die Repressionen zugenommen. Die Tiere einiger Bauern wurden getötet. Nachts wurden Sondereinheiten bis morgens im Stadtzentrum mit Maschinenwaffen herumschießen.

6.8.91

POLIZEISTAATSMETHODEN

Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins Adana protestierte gestern auf einer Pressekonferenz gegen die Polizeirazzia bei der ehemaligen Vorsitzenden Elif Tuncer. In der Nacht vom letzten Freitag brach die Polizei die Tür der Wohnung auf und durchsuchte sie. Dabei wurden 3 Geschwister, der bei einem Verkehrsunfall auf dem Weg zur Beerdigung Vedat Aydins ums Leben gekommenen Elif Tuncer festgenommen.

KURDISCHE MUSIKKASSETTEN

Kulturminister Gökhan Maras, der die Auffassung vertritt, Kurdisch sei keine Sprache sondern ein Dialekt, teilte mit, daß es nach der Verfassung und dem Terror-Bekämpfungsgesetz nicht möglich sei, die Erlaubnis für Kassetten in kurdischer Sprache zu geben.

21.8.91

PRESSEKONFERENZ DER PKK

Auf einer Pressekonferenz in Brüssel erklärte der Europasprecher der Organisation, daß bei den Kämpfen im letzten Jahr 187 Angehörige von Spezialteams und der Polizei, 148 Offiziere und Unteroffiziere, 1558 Soldaten, 162 Dorfschützer und 89 Kollaborateure getötet worden sind. Die eigenen Verluste bezifferte er mit 158 Toten. Vor allem bei der Operation im Nordirak seien die Verluste der PKK äußerst gering gewesen, es seien aber 25 Personen aus der Zivilbevölkerung getötet worden.

22.8.91

4 HEP-MITGLIEDER VERMISST

Seit dem 10. August werden der Bezirksvorsitzende der HEP von Seyhan, ein Mitglied des Bezirksvorstandes und 2 weitere Parteimitglieder vermißt. Sie waren am 10.8. nach Gaziantep zu einem Beileidsbesuch gefahren. Seitdem fehlt jede Spur von ihnen. Offizielle Stellen geben an, von ihrem Aufenthalt nichts zu wissen.

23.8.91

TARIFVERTRAG FÜR BAUMWOLLPFLÜCKERINNEN

Für die ca. 100.000 BaumwollpflückerInnen, die in Cukurova und im Südosten als SaisonarbeiterInnen tätig sind, wurde der neue Tages-Mindestlohn auf 26.700 TL (ca. 10 DM; TL) festgelegt. Für ein Kilo gepflückte Baumwolle erhalten sie 330 TL (ca. 12 Pfennig; TL)

26.8.91

WAHLEN

An den vorgezogenen Parlamentswahlen im Oktober nehmen 9 Parteien teil. Für die 450 Parlamentssitze muß jede Partei 857 Kandidaten vorweisen. Die Prozhürde liegt auf Landesebene bei 10%. In 62 der 107 Wahlkreise liegt sie bei 25%, in 45 Wahlkreisen bei 20%. Das Parteipräsidium der HEP erklärte, daß die Partei trotz aller Behinderungen an den Wahlen teilnehmen werde. Notfalls durch unabhängige Abgeordnete.

27.8.92

MILITÄRDienst ALSTRUMPFIM WAHLKAMPF

Die ANAP plant den Militärdienst auf 12 Monate herabzusetzen.

GEFÄNGNISSE ZU 40% GELEERT

Nach der "bedingten Freilassung" ist die Zahl der Gefangenen in türkischen Gefängnissen von 48.000 auf 26.000 gesunken. Die Anzahl der politischen Gefangenen sank von 3050 auf 1050. Die meisten dieser 1050 sind PKK'ler.

25 WAHLVERSprechen

U.a. hat die ANAP-Regierung versprochen die Schadensersatzansprüche der Sicherheitskräfte zu erhöhen, die Studentenkredite zu erhöhen, die Einschreibgebühren für Schüler zu beseitigen, die Buchpreiserhöhungen zurückzunehmen, Fußballplätze in 700 Dörfern zu bauen, die Korankurse in die (geplante) 8-jährige Pflichtschule einzubeziehen, die Getreidepreise zu erhöhen, die Kredite von Bauern zu stunden, die Bürgermeistergehälter zu verdoppeln, usw.

29.8.91

HEP SUCHT NACH LISTENVERBINDUNGEN

Da die HEP (aus formalen Gründen; TL) nicht kandidieren darf, führen die HEP-Vorsitzenden jetzt Gespräche mit der SHP über die Kandidatur von HEP-Politikern auf SHP-Listen in den Bezirken, in denen die HEP stark ist. Man erzielte eine grundsätzliche Einigung.

30.8.91



